



**Ihr steigt schon  
mein ganzes  
Leben lang aus.**

*Zora, 18*

**ATOM  
AUSSTIEG  
JETZT!**



Schwerpunkt S.6–9

## **Nebelig**

Geo- und Soziologe Marcos Buser über nicht gestellte und falsch beantwortete Fragen bei der Standortsuche für ein Atommüll-Lager

Seite 12–13

## **Rissig**

Wie es zu den Rissen im AKW Neckarwestheim-2 kommen konnte und warum weitere nicht ausgeschlossen sind

Seite 14–15

## **Gläubig**

Forscher\*innen aus Karlsruhe glauben noch immer an die Zukunft der Atomkraft – und an neue Reaktoren

Seite 18–19

# Inhalt

## 3 Editorial

## 4 Anti-Atom-Meldungen

## 6 Ein Leben lang

**Einleitung** | 18 Jahre ist es her, dass Politik und AKW-Betreiber den „Atomkonsens“ unterzeichneten. Er sicherte den Weiterbetrieb der AKW für Jahrzehnte. Dass trotzdem Meiler vom Netz gingen, hatte vornehmlich andere Gründe

## 8 Das Glas vollmachen

**Aufruf** | Noch fast vier Jahre bis zum angekündigten Atomausstieg: Das ist einerseits ein großer Erfolg der Anti-Atom-Bewegung, andererseits eine gefährliche Beruhigungsspielle

## 10 Anspruch und Wirklichkeit

**Analyse** | Im März wird das Standortauswahlgesetz zwei Jahre alt. Die Suche nach einem dauerhaften Atommüll-Lager für hochradioaktiven Atommüll läuft. Zeit für eine erste Zwischenbilanz – in Zitaten

## 12 „Lernkultur nicht vorhanden“

**Interview** | Marcos Buser, Geologe und Sozialwissenschaftler, erklärt, warum das Standortauswahlverfahren ein Wiederholungsfehler ist, warum die Atommülllager-Suche nur mit echter Teilhabe gelingen kann und warum Atommüllbehörden sich endlich von alten Denkmustern verabschieden sollten

## 14 Von Rissen wissen

**Hintergrund** | Gefährliche Risse in den Heizrohren der Dampferzeuger des AKW Neckarwestheim sorgen im Herbst für Schlagzeilen und für einen Disput zwischen .ausgestrahlt und der Atomaufsicht in Stuttgart, die den Reaktor trotz allem wieder ans Netz lässt. Ein Sachstand

## 16 Abschaffen, umschreiben oder austreten?

**Analyse** | So wie es ist, kann es nicht bleiben. Was aber tun mit der Europäischen Atomgemeinschaft?

## 17 Atomkraft in Japan

**Hintergrund** | Acht Jahre nach dem Super-GAU von Fukushima ist die Mehrheit der Bevölkerung für einen Ausstieg – setzt diesen gegen den politisch-industriellen Komplex aber nicht durch

## 18 „Viele suchen wieder den Einstieg und werben dafür“

**Porträt** | Anete Wellhöfer, 56, macht mit dem „Karlsruher Bündnis gegen neue Generationen von Atomreaktoren“ die staatlich finanzierten Forschungen für neue AKW öffentlich bekannt

## 20 .ausgestrahlt-Shop

## 22 Rückblick

## 24 Atomkraft auf der Kippe

**Infografik** | Verlässt Großbritannien die EU, betreibt nur noch eine Minderheit der Euratom-Staaten überhaupt AKW – und einige davon haben einen Ausstieg zumindest schon beschlossen

## Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner\*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 17-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.  
[ausgestrahlt.de/ueber-uns](http://ausgestrahlt.de/ueber-uns)

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir. Möchtest Du das Magazin nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis.  
[ausgestrahlt.de/magazin](http://ausgestrahlt.de/magazin)

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.  
[ausgestrahlt.de/newsletter](http://ausgestrahlt.de/newsletter)

Mehr als 3.500 Förderer und Förderinnen legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!  
[ausgestrahlt.de/foerdern](http://ausgestrahlt.de/foerdern)

## Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.  
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00  
BIC: GENODEM1GLS GLS Bank  
Spenden sind steuerlich absetzbar.

## Impressum

.ausgestrahlt  
Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg  
[info@ausgestrahlt.de](mailto:info@ausgestrahlt.de)  
[ausgestrahlt.de](http://ausgestrahlt.de)

**Redaktion:** Angela Wolff, Armin Simon, Jochen Stay  
**Bildredaktion:** Andreas Conradt  
**Mitarbeit:** Carolin Franta, Finn Mayer-Kuckuk, Julia Schumacher, Julian Jenkel, Jürgen Rieger, Sarah Lahl, Ute Bruckart  
**Gestaltung:** Holger M. Müller ([holgermmueller.de](http://holgermmueller.de)); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender  
**Druck:** Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier  
**Auflage:** 24.000  
**V.i.S.d.P.:** Jochen Stay



Foto: Marco Urban

Unterzeichnung des „Atomkonsens“-Vertrags am 11. Juni 2001

# „Ihr riskiert unsere Zukunft“

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

vor 18 Jahren, am 11. Juni 2001, unterzeichneten die Chefs der vier großen Stromkonzerne zusammen mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem grünen Umweltminister Jürgen Trittin den „Atomkonsens“-Vertrag. Seither, mit einem kurzen „Ausstieg vom Ausstieg“ zwischen Oktober 2010 und März 2011, gilt in Deutschland die Atomkraft als Auslaufmodell, läuft aber strahlend weiter. Das Ende zieht sich ewig in die Länge.

Die im Jahr des Ausstiegs-Versprechens geborenen Kinder sind 2019 erwachsen. Und noch immer laufen in Deutschland sieben AKW, produzieren Atommüll und gefährden Tag für Tag die Zukunft dieser jungen Menschen. Deshalb zeigen einige von ihnen jetzt Gesicht. Ihre Geduld ist am Ende. Sie sind nicht bereit, noch fast vier weitere Jahre die Risiken einer Technologie in Kauf zu nehmen, die nicht mehr benötigt

wird und die Energiewende behindert. Die Botschaft der 18-Jährigen: „Ihr steigt schon mein ganzes Leben lang aus.“ Ihre Forderung: „Atomausstieg jetzt!“

Meine Bitte an Dich: Sorge dafür, dass möglichst viele Menschen davon erfahren. Du kannst bei .ausgestrahlt Plakate und Postkarten bestellen und verbreiten (Seite 20). Du kannst die Fotos teilen, die wir in den sozialen Medien posten. Du kannst jungen Menschen davon erzählen und sie fragen, ob sie eigene Fotos mit dieser Botschaft machen wollen, entweder selbst gestaltet oder mit der von .ausgestrahlt zur Verfügung gestellten Sprechblase.

Auch sonst steckt dieses Magazin voller Vorschläge, um aktiv zu werden. Du findest sie bei vielen Artikeln in der „Aktionsspalte“ am Rand. „**Europa ohne Atom**“ ist die .ausgestrahlt-Forderung zum EU-Wahlkampf. Der Euratom-Vertrag muss endlich abgeschafft oder so reformiert werden, dass er nicht länger die Atomkraft fördert.

Du kannst Unterschriften sammeln und Infomaterial verbreiten. Immer noch viel zu wenige Menschen wissen, dass sie von der Suche nach einem dauerhaften **Atommüll-Lager** betroffen sein können. .ausgestrahlt bietet dazu umfassende Informationen in Print und Web an und kommt gerne zu Vorträgen in Deinen Ort.

Rund um den achten **Fukushima-Jahrestag** am 11. März, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit in Sachen Atom größer ist als sonst, werden in vielen Orten wieder Mahnwachen und andere Veranstaltungen stattfinden. Größere Demonstrationen gibt es am 9. März in Ahaus (NRW) und Berlin sowie am 10. März in Neckarwestheim (BaWü). Ich finde, das ist eine gute Gelegenheit, gemeinsam für die Forderung auf die Straße zu gehen, die ja nicht nur die 18-Jährigen erheben: Atomausstieg jetzt! Bist Du dabei?

*Jochen Stay  
und das ganze .ausgestrahlt-Team*



Kontrollraum des AKW Lucens 1968

Foto: Josef Schmidt

## Kernschmelze im Berg

Im schweizerischen Versuchsatomkraftwerk Lucens, 30 Kilometer nordöstlich von Lausanne, kam es vor 50 Jahren zum ersten Kernschmelzunfall Kontinentaleuropas. In dem nicht einmal neun Monate alten Reaktor waren unbemerkt Brennstäbe korrodiert, das behinderte ihre Kühlung. Als die Anlage am Morgen des 19. Januar 1969 angefahren wird, überhitzen sie, es kommt zur partiellen Kernschmelze und zu einer Explosion. Obwohl der Mini-Reaktor nur über eine thermische Leistung von 6 Megawatt verfügt (ein 650stel eines heutigen AKW) und komplett in einer Felskaverne errichtet worden war, drang Radioaktivität nach außen. Der Unfall wurde als INES 5 klassifiziert, auf derselben Stufe wie die Unfälle in Windscale 1957 und Harrisburg 1979. Größere Proteste rief er allerdings keine hervor. 2011/2012 verzeichneten die Behörden einen starken Anstieg der Tritium-Werte im Grundwasser von Lucens.

## Öko-Institut verwechselt Atomschutt-Deponien

Das mit Radioaktivitätsmessungen an zwei Bauschuttdeponien im Landkreis Ludwigsburg beauftragte Darmstädter Öko-Institut hat eingeräumt, Messergebnisse aus Versetzen vertauscht zu haben. Die Deponien „Am Froschgraben“ und „Burghof“ hatten vor Jahren heimlich 325 Tonnen schwach strahlenden Schutt aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe angenommen. Messungen des Öko-Instituts wiesen 22 Milliarden und 6,4 Milliarden Becquerel radioaktives Tritium in den Sickerwassern nach. Allerdings schrieben die Gutachter\*innen der Froschgraben-Deponie den niedrigeren Wert zu – obwohl dort das Gros der Abfälle gelandet war. Das machte die örtliche Bürgerinitiative stutzig. Öko-Institut-Physiker Christian Küppers zufolge ist der Fehler „bedauerlich“, aber „für die Bewertung unerheblich“. Die Bürgerinitiative hingegen rät, die angebliche Unbedenklichkeit des Atomschutts an sich kritisch zu hinterfragen, habe der Fall doch gezeigt, „dass auch Aussagen von Gutachtern nicht immer die tatsächliche Wahrheit darstellen“.



Deponie „Am Froschgraben“

Foto: Naba Schwiebedingen



Mahnwache gegen den Transport von MOX-Brennelementen zum AKW Grohnde 2012

Foto: Michaela Mügge / PubliXviewing

## Letztes MOX im Einsatz

In AKW in Deutschland werden voraussichtlich keine neuen plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente mehr eingesetzt. Das geht aus einer bisher unveröffentlichten Aufstellung der Gesellschaft für Anlagen und Reaktorsicherheit hervor. Demnach sind die letzten 12 MOX-Brennelemente, die Plutonium aus der Wiederaufarbeitung enthielten, seit Frühjahr 2017 im AKW Emsland im Einsatz. Insgesamt waren bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen AKW mehr als 37 Tonnen spaltbares und waffenfähiges Plutonium angefallen, das mit Uran vermischt zu MOX-Brennelementen verarbeitet und damit offiziell „verwertet“ wurde. MOX-Brennelemente sind bei Transport, Betrieb, Unfällen und Lagerung gefährlicher als reine Uran-Brennelemente.

## Erfolge gegen Uranbergbau-Projekte

Die anhaltenden Proteste gegen die geplante Uranmine im spanischen Retortillo, die die größte in Europa werden sollte, können einen Etappensieg verzeichnen: Die spanische Regierung verweigert vorerst die Genehmigung für das umstrittene Bergbauprojekt: Das zuständige Ministerium für ökologische Transformation wird seit dem Regierungswechsel von einer Atomkraftgegnerin geleitet. Der Berkeley-Konzern, der das Uran abbauen will, hält allerdings weiter an seinen Plänen fest und prüft nach eigenen Angaben rechtliche Schritte.

Derweil hat der Oberste Gerichtshof der USA eine Revision gegen den Uranabbau-Bann rund um den Grand Canyon abgelehnt. Sofern US-Präsident Trump den Bann nicht aufhebt, dürfen dort bis 2032 keine neuen Uranminen errichtet werden. Umstritten ist, ob eine zwischenzeitlich stillliegende frühere Mine ihren Betrieb wieder aufnehmen darf. Umweltverbände wollen auch dies verhindern.

## Laufzeitverlängerungen in Grohnde und Philippsburg

Die Stadtwerke Bielefeld, ein kommunales Unternehmen der rot-grün-regierten Stadt, haben einer Übertragung von Reststrommengen mehrerer bereits abgeschalteter Reaktoren auf das AKW Grohnde zugestimmt, um dessen Laufzeit zu verlängern. Das AKW hätte andernfalls in wenigen Wochen vom Netz gehen müssen, weil es die ihm im rot-grünen „Atomkonsens“ 2001 zugesprochenen Stromproduktionsrechte aufgebraucht hat. Auch die zusätzlichen Mengen reichen aber nur bis Herbst 2019. Eon/Preussenelektra hat deshalb Vattenfall auf Überlassung weiterer Stromproduktionsrechte aus den ehemals gemeinsam betriebenen AKW Brunsbüttel und Krümmel verklagt.

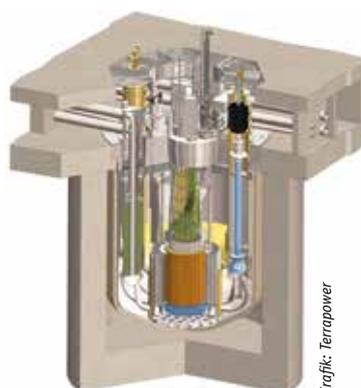
Ebenfalls in wenigen Wochen wird das AKW Philippsburg-2 die ihm einst zugestandenen Reststrommengen produziert haben. EnBW hat jedoch Stromproduktionsrechte des 2011 abgeschalteten AKW Philippsburg-1 auf Block 2 übertragen, um dessen Laufzeit um ein Dreivierteljahr zu verlängern.



Foto: Archiv

## Realitätsschock für Bill Gates' Atom-Traum

Der im Süden von Peking geplante Bau eines sogenannten Laufwellenreaktors ist vorerst gescheitert. Das US-Unternehmen Terrapower von Microsoft-Gründer Bill Gates wollte die Testanlage gemeinsam mit der staatlichen China National Nuclear Corp errichten. Das US-Energieministerium verlangt jedoch seit Oktober für Atomprojekte mit China mehr Zusicherungen, dass die Technologie nicht für militärische Zwecke genutzt wird. Diese Anforderungen kann der neuartige Reaktortyp offenbar nicht erfüllen. In den USA wiederum ist ein Bau nach Angaben von Milliardär Gates wegen restriktiver Vorschriften und begrenzter staatlicher Finanzierung nicht möglich. Auch bei Sicherheit und Wirtschaftlichkeit scheint das Reaktorkonzept also ernsthafte Probleme zu haben.



Grafik: Terrapower

## „Fukushima mahnt“

An vielen Orten in Deutschland wird es auch in diesem Jahr rund um den 8. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima **Mahnwachen, Veranstaltungen und Aktionen** geben. Eine Übersicht findest Du auf

[ausgestrahlt.de/jahrestage2019](http://ausgestrahlt.de/jahrestage2019)

→ Dein Ort ist noch nicht dabei? Dann organisiere selbst eine Mahnwache, Aktion oder Veranstaltung! .ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material und Tipps.



Auf die Straße geht es bei **Demonstrationen in Ahaus, Berlin und Neckarwestheim**.

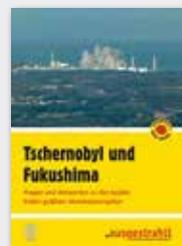
Den Auftakt machen die Demos in Ahaus (Start: 12 Uhr, Bahnhofsvorplatz) und Berlin am Samstag, 9. März. Die Demo zum AKW Neckarwestheim startet am Sonntag, 10. März um 13 Uhr am Bahnhof Kirchheim/Neckar. **Plakate** und **Flyer** gibt's kostenlos im .ausgestrahlt-Shop.

Mahnwachen, Demos und andere Veranstaltungen eignen sich auch, um aktuelles **Anti-Atom-Material zu verteilen** und/oder **Unterschriften zu sammeln** – mehr dazu auf Seite 9 und Seite 16.



## Ausstellung & Broschüre

Die **.ausgestrahlt-Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“** informiert auf 15 Plakaten mit Fotos, Grafiken und kurzen Texten über die beiden Reaktorkatastrophen – gut geeignet für alle Orte mit Publikumsverkehr. Weitergehende Fragen beantwortet die handliche **.ausgestrahlt-Broschüre „Tschernobyl und Fukushima“**. Bestellung auf [ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop)



# Ein Leben lang

**Einleitung** | 18 Jahre ist es her, dass Politik und AKW-Betreiber den „Atomkonsens“ unterzeichneten. Er sicherte den ungestörten Weiterbetrieb der AKW für Jahrzehnte. Dass trotzdem Meiler vom Netz gingen, hatte vornehmlich andere Gründe

**D**er Umweltminister lacht in die Kameras, der Erfolg, den er und seine Partei feiern wollen, würdigt das Plakat hinter ihm. „Der Atomausstieg“, steht dort, darunter, in nochmal größeren Lettern: „ist da!“ Mit Ausrufezeichen.

Es ist der 12. Juni 2001. Zora und Lenny, die für die aktuellen ‚ausgestrahl‘-Plakate Modell standen, sind gerade ein paar Monate alt. Am Vorabend haben Jürgen Trittin und Kanzler Gerhard Schröder zusammen mit den Chefs der großen Energiekonzerne ihre Unterschriften unter den sogenannten „Atomkonsens“ gesetzt. Der Vertrag soll das Ende der Atomkraft in Deutschland besiegeln; bis dahin garantiert er den Konzernen den ungestörten Weiterbetrieb ihrer Reaktoren.

32 Jahre und nicht länger, lautet die Saga, solle jeder Reaktor laufen dürfen. Damit, so Schröder, sei „ein klares Ende für die Nutzung der Kernenergie festgelegt“. Tatsächlich legen der Vertrag und das Atomgesetz, das im Frühjahr 2002 entsprechend angepasst wird, keinerlei Abschaltzeiten fest. Stattdessen sprechen sie jedem Reaktor eine sehr großzügig bemessene Reststrommenge zu, die er noch produzieren

darf, der Zeitraum dafür bleibt offen. Stillstände oder Leistungsrosselungen aufgrund technischer Probleme, behördlicher Auflagen oder ökonomischer Entscheidungen der Betreiber verlängern also die Laufzeit der Meiler – in diesen Fällen produzieren sie ja weniger Strom.

Doch das ist längst nicht alles: Reststrommengen im Umfang von mehr als zehn Jahren gibt es sogar für das auf einer Erdbebenspalte errichtete und gerichtlich stillgelegte AKW Mülheim-Kärlich; RWE darf damit die Laufzeit seiner anderen Reaktoren ausweiten. Und das AKW Obrigheim, das bereits seine 32 Jahre auf dem Buckel hat, darf ebenfalls noch weiter am Netz bleiben, für zunächst einmal anderthalb Jahre.

## Erste Schritte, zweite Laufzeitverlängerung

Lenny und Zora liegen noch in der Wiege, als die Anschläge vom 11. September aller Welt vor Augen führen, dass Flugzeugabstürze auf AKW nicht mehr zum unvermeidbaren „Restrisiko“ zählen. Dies könnte das Aus für alle Reaktoren bedeuten. Die Regierung aber bleibt untätig – bis heute. Sie hat im „Atomkonsens“-Vertrag zugesagt, die Sicherheitsanforderungen an AKW nicht zu verschärfen und den Betrieb von AKW auch ökonomisch nicht zu belasten. Selbst bereits angeordnete Nachrüstungen, etwa eine Notstandswarte für das AKW Biblis A, fallen unter den Tisch.

Lenny und Zora haben gerade Laufen gelernt, da drückt EnBW im Herbst 2002 mit Rückendeckung von Schröder eine zweite Laufzeitverlängerung von zweieinhalb Jahren für das AKW Obrigheim durch.

Erst Ende 2003, als die beiden Kleinkinder schon ihre ersten Worte plappern, geht mit dem AKW Stade der erste Reaktor vom Netz – aus rein wirtschaftlichen Gründen, wie Eon betont.



Foto: Jfm / dpa

Grünen-Parteitag in Karlsruhe, März 2000: Atomkraftgegner\*innen prophezeien den Grünen, dass der „Ausstieg“, den ihr Umweltminister mit der Atomindustrie verhandelt, keiner ist ...

Ihr steigt schon  
mein ganzes  
Leben lang aus.

Lenny, 18

ATOM  
AUSSTIEG  
JETZT!



.ausgestrahlt  
gemeinsam gegen atomenergie

Als Zora und Lenny die Hälfte ihrer Kindergartenzeit hinter sich haben, stellt endlich, mit fast 37 Jahren, auch das AKW Obrigheim seinen Betrieb ein. Es wird die letzte AKW-Abschaltung für lange sein.

CDU-Chefin Merkel kündigt Laufzeitverlängerungen für den Fall eines Wahlsiegs an. In der großen Koalition, mit der sie ab Herbst 2005 regiert, kann sie das zwar nicht umsetzen. Der Vorsatz aber bleibt. Parallel starten die Atomkonzerne eine großangelegte PR-Offensive, um den „Atomkonsens“, den sie wenige Jahre zuvor selbst unterschrieben haben, zu kippen. Das ist kein Wunder, hatte doch Rot-Grün – auch das war Teil des Deals – den AKW-Betreibern ihre Entsorgungsnöte genommen. An allen noch laufenden AKW sind große Zwischenlagerhallen entstanden, in welche die AKW ihre abgebrannten Brennelemente packen können, ohne dass Tausende Atomkraftgegner\*innen den Abtransport des Mülls behindern würden. Und gemäß dem novellierten Atomgesetz gilt dieses Abstellen des Mülls in Zwischenlagerhallen nun als Entsorgungsvorsorgenachweis – eine entscheidende juristische Voraussetzung für den Weiterbetrieb der AKW.

Zora und Lenny, bei deren Geburt der „Atomausstieg“ angeblich schon unter Dach und Fach und „da“ war, kommen in die Schule, in die zweite, in die dritte Klasse. CDU, CSU und FDP wiederum kommen 2009 an die Regierung. Die versprochene Laufzeitverlängerung für AKW wird eines ihrer Großprojekte. Den älteren Mei-

lern jedoch rinnt die Zeit davon beziehungsweise ihre Reststrommengen. Also drosseln sie die Produktion, wo immer es geht. Ziel ist, so wenig Strom zu produzieren, dass kein Reaktor seine Betriebsgenehmigung verliert, bevor die Laufzeitverlängerung in Kraft tritt. Eon verkauft seinem Konkurrenten RWE sogar die verbliebenen Reststrommengen des AKW Stade, damit auch Biblis A noch am Netz bleiben kann.

Hunderttausende Atomkraftgegner\*innen realisieren nun, dass der „Atomkonsens“ das Papier nicht wert ist, auf dem er geschrieben ist. Trotz massiver Proteste ändert die schwarz-gelbe Regierung Ende 2010 das Atomgesetz und weist allen AKW zusätzliche Reststrommengen zu, die den sieben ältesten Meilern rechnerisch acht, den jüngeren Meilern 14 weitere Volllastjahre ermöglichen. Für Lenny und Zora, die gerade ihren zehnten Geburtstag feiern, bedeutet das, dass auch an ihrem 30. Geburtstag und weit darüber hinaus noch AKW laufen werden.

### Atomstrom bis weit nach dem Abi

Wenige Wochen später, am 11. März 2011, fällt im japanischen AKW Fukushima-Daiichi der Strom aus. In drei Reaktoren kommt es zur Kernschmelze, in einem weiteren drohen plutoniumhaltige Brennstäbe in einem offenen Becken zu überhitzen. In Deutschland gehen mehrmals in Folge Hunderttausende Atomkraftgegner\*innen auf die Straße, auch Lenny und seine Mutter sind dabei. Es sind die größten Anti-AKW-Proteste der Geschichte

der Bundesrepublik. Unter dem Druck der Anti-Atom-Bewegung und dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima nimmt die schwarz-gelbe Regierung ihre gerade erst beschlossene Laufzeitverlängerung wieder zurück und legt zudem für jeden Reaktor ein spätestes Abschaltdatum fest. Acht Meiler, die technisch unsichersten, müssen sofort vom Netz. Die neun verbliebenen dürfen weiterlaufen, die meisten davon bis 2022. Das ist bis zu fünf Jahre länger, als die den Reaktoren 2001 zugestanden Reststrommengen bei normalem Betrieb reichen würden. Trotzdem stimmen auch SPD und Grüne im Bundestag zu. Zora und Lenny, die im Sommer gerade ihre Grundschulzeit beendet haben, müssen weiterhin damit rechnen, dass selbst nach ihrem Abi noch sieben AKW am Netz sind.

Zwar gilt auch weiterhin die Reststrommengen-Begrenzung des „Atomkonsens“ von 2001. Die AKW-Betreiber können jedoch die verbliebenen Strom-Kontingente der 2011 aus Sicherheitsgründen abgeschalteten Meiler für eine heimliche Laufzeitverlängerung der verbliebenen Meiler nutzen – wovon sie in der Folge auch rege Gebrauch machen werden (siehe etwa Seite 5). Für nach Abschalten des letzten AKW nicht verbrauchte Reststrommengen spricht ihnen das Bundesverfassungsgericht Ende 2016 darüber hinaus eine Entschädigung zu.

Vier Jahre lang geht kein einziges weiteres AKW vom Netz. 2015 folgt dann das AKW Grafenrheinfeld, sogar ein halbes Jahr früher als gesetzlich vorgeschrieben. Ausschlaggebend dafür sind wiederum ökonomische Gründe: die 2011 eingeführte Brennelemente-Steuer macht einen Weiterbetrieb des Meilers unwirtschaftlich. Um den 16. Geburtstag von Lenny und Zora herum läuft die von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Steuer allerdings aus. Zudem muss die Regierung die bereits gezahlten Milliarden wenig später zurückzahlen – das Verfassungsgericht erklärt die Steuer aus formalen Gründen für nichtig. Eine verfassungskonforme neue Brennelemente-Steuer oder -Abgabe zu erheben, was durchaus möglich wäre, lehnt die Regierung ab. Damit sind AKW wieder Goldesel. Das AKW Gundremmingen B, das laut Gesetz 2017 vom Netz muss, zögert seine Abschaltung entsprechend bis zum allerletzten Tag des Jahres hinaus.

Lenny und Zora sind inzwischen volljährig, der sogenannte „Atomausstieg“ wird dieses Jahr ebenfalls 18. Nur „da“, das ist er immer noch nicht. Sieben Reaktoren sind weiterhin am Netz. Deutschland ist nach wie vor der zweitgrößte Atomstromproduzent in der EU – genau wie vor 18 Jahren. *Armin Simon*



Foto: Karin Behr / PubliViewing

250.000 Menschen gehen am 26. März 2011, zwei Wochen nach Beginn der Atomkatastrophe von Fukushima, auf die Straße. Acht AKW gehen für immer vom Netz

# Das Glas vollmachen

**Aufruf** | Noch fast vier Jahre bis zum angekündigten Atomausstieg: Das ist einerseits ein großer Erfolg der Anti-Atom-Bewegung, andererseits eine gefährliche Beruhigungspille. Und jedenfalls kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen

**F**ür uns Atomkraftgegner\*innen ist es nicht immer leicht, Erfolge und Herausforderungen in einem guten Maß abzuwägen. Wer nur die Erfolge sieht, ist für die Gefahren der Gegenwart und Zukunft blind. Wer nur die Herausforderungen sieht, kann aus den Teil-Erfolgen keine Energie für sein weiteres Engagement ziehen. Deshalb werfe ich hier einen Blick auf beide Seiten:

**Das Glas ist halb voll:** Die Anti-Atom-Bewegung hat hierzulande eine Menge erreicht. So waren ursprünglich deutlich mehr Reaktoren in Deutschland geplant, als dann wirklich gebaut wurden. Die Proteste haben also schon vielen Projekten vor Baubeginn ein Ende bereitet. Schon seit 1982, also bereits deutlich vor Tschernobyl, hat es kein Unternehmen mehr gewagt, den Bau eines Atomkraftwerks zu beginnen. Der letzte Meiler ging am 29. Dezember 1988 in Neckarwestheim in Betrieb.

Seither nimmt die Zahl der laufenden Reaktoren langsam ab. Selbst die Merkel'sche Laufzeitverlängerung von 2010 machten massive

Proteste nach Fukushima wieder rückgängig. Zwar ist der Ausbau der Atomkraft auch in den meisten anderen europäischen Ländern – falls sie überhaupt jemals darauf setzten – gestoppt (siehe Grafik auf Seite 24). Doch Deutschland wird 2023 – nach Italien 1990 und Litauen 2009 – erst das dritte europäische Atom-Land sein, das alle seine AKW abgeschaltet hat – wenn es denn beim angekündigten Abschalt-Datum bleibt.

**Das Glas ist halb leer:** Seit die rot-grüne Bundesregierung 2001 das Abkommen zum „Atomkonsens“ mit den AKW-Betreibern unterschrieben hat, sind 18 Jahre vergangen. In dieser Zeit wurden zwölf Reaktoren abgeschaltet; sieben jedoch laufen noch immer, und zwar die sieben größten und leistungsfähigsten Meiler. Deshalb wird auch heute noch fast halb so viel Atomstrom in Deutschland produziert wie Anfang des Jahrhunderts – und damit auch weiterhin tagtäglich große Mengen ewig strahlender Abfälle. Da die Kraftwerke älter und störanfälliger werden und die Betreiber nicht mehr groß in die Sicherheit investieren, steigt das Risiko

schwerer Störfälle immer mehr an. Ob das bis 2022 gut geht, wenn jeweils drei Reaktoren am Anfang und am Ende des Jahres abgeschaltet werden sollen, weiß niemand.

Dazu kommen die unbegrenzten Betriebsgenehmigungen für die Atomfabriken in Lingen und Gronau, die also auch nach dem Abschalten der deutschen AKW für den internationalen Markt weiter produzieren dürfen.

## Das Risiko wächst

Weder durch den rot-grünen „Atomkonsens“ mit den Stromkonzernen 2001 noch durch den von Union, FDP, SPD und Grünen 2011 beschlossenen „halben Ausstieg“ nach Fukushima sind die weiter laufenden Atomkraftwerke weniger gefährlich geworden. Um das weiter bestehende Risiko zu verdeutlichen, benutze ich gerne einen Vergleich: Würde ein guter Freund mir seine Entscheidung verkünden, dass er Ende 2022 mit dem Rauchen aufhören möchte, dann würde ich ihn nicht beglückwünschen, sondern ihm sagen: „Hoffentlich erlebst Du das noch!“ Davon abgesehen, dass fast vier Jahre lang noch die Gefahr bestünde, dass er es sich doch noch einmal anders überlegt.

Ähnliches droht in Sachen Atomkraft: Wird der Kohleausstieg eingeleitet und der Strombedarf steigt, etwa durch den Ausbau von Elektromobilität und Wärmepumpen, könnten manche auf die Idee kommen, die Atomkraftwerke länger zu betreiben, statt die Erneuerbaren Energien konsequent auszubauen, kluge Speicher-Technologien weiterzuentwickeln und die Energieeffizienz zu steigern. Schon werden wieder erste Stimmen laut, die die vermeintlich saubere Atomkraft als Heilmittel gegen den Klimawandel propagieren (siehe etwa Seite 18/19). Apropos Heilmittel: Hätte ich bei einer Erkrankung die Wahl zwischen einem Medikament mit möglicherweise tödlichen Nebenwirkungen und einem mindestens genauso wirksamen ohne diese, dann wäre meine Entscheidung nicht schwer.

Aber ist denn überhaupt denkbar, dass sich die Bevölkerung hierzulande noch einmal längere AKW-Laufzeiten bieten lässt? Nun, wahrscheinlich würde die Regierung nicht von Laufzeitverlängerungen sprechen, sondern die Sprachregelung wäre: „Es bleibt beim Atomausstieg – er dauert nur ein bisschen länger“. Schon einmal, nach dem rot-grünen „Atomkonsens“, wiegten sich zu viele Atomkraftgegner\*innen in Sicherheit, dass das Thema nun erledigt sei.

So konnten die AKW-Betreiber gemeinsam mit Schwarz-Gelb 2010 das Abkommen kippen. Wir haben keine Garantie, dass Ähnliches nicht noch einmal versucht wird.

## Atomausstieg jetzt!

Es gibt einen Weg, sowohl eine Debatte um Laufzeitverlängerungen zu verhindern als auch die Gefahren der Atomkraftwerke deutlich zu reduzieren. Dieser Weg lautet: Atomausstieg jetzt!

Leider steht es derzeit nicht gut um die gesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen den Weiterbetrieb der alten Reaktoren stellen.

In der Bevölkerung, in den Medien und in den Parteien ist Atomkraft kaum ein Thema. Selbst Störfälle und Skandale führen nicht zu einem größeren Wiederaufflammen des Atomkonflikts. Zwar wollen viele Menschen einen schnelleren Ausstieg als derzeit geplant. Aber je näher die angekündigten Abschaltenden rücken, umso geringer wird die Motivation, sich aktiv für ein früheres Aus der Meiler einzusetzen.

Die aus der Anti-Atom-Bewegung entstandenen Grünen helfen beim Abschalten derzeit nicht weiter. Selbst die grünen Atomaufsichten in Baden-Württemberg, Niedersachsen (bis Ende 2017) und Schleswig-Holstein haben es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, den dort laufenden AKW relevant Schwierigkeiten zu machen (kleine Ausnahme: Brokdorf stand ein halbes Jahr still).

Einige konfliktträchtige Atomthemen wie Brennelementesteuer, Schadenersatz für abgeschaltete AKW, Finanzierung der Atom-Folgekosten und das Suchverfahren für ein Atommüll-Lager wurden in den letzten zwei Jahren gesetzlich oder gerichtlich geregelt und damit politisch entschärft – obwohl die Probleme bleiben.

Der Konflikt um die Kohle überdeckt inzwischen das Atomthema. Vielen Akteur\*innen aus der Umweltbewegung ist es derzeit wichtiger, den Kohleausstieg einzuleiten, als den Atomausstieg zu beschleunigen – obwohl beides parallel möglich wäre.

Das alles zusammengenommen führt zu einem gefährlichen Vakuum, das diejenigen ausnutzen könnten, die weiter auf Atomkraft setzen. Um dem zu begegnen, setzt .ausgestrahlt auf Dich! Mit der Aussage „Ihr steigt schon mein ganzes Leben lang aus“ und der Forderung „Atomausstieg jetzt!“ wendet sich eine neue Generation an die Öffentlichkeit: Diejenigen, die schon ihr ganzes Leben lang einen „Atomausstieg“ versprochen bekommen. Sorge mit dafür, dass ihre Botschaft weite Kreise zieht!

Jochen Stay

## Aktionen

### Mach mit!

Zora, Lenny, Pina und Kilian. Vier junge Menschen, eine Botschaft: „Ihr steigt schon unser ganzes Leben lang aus. Atomausstieg jetzt!“

# ATOM AUSSTIEG JETZT!



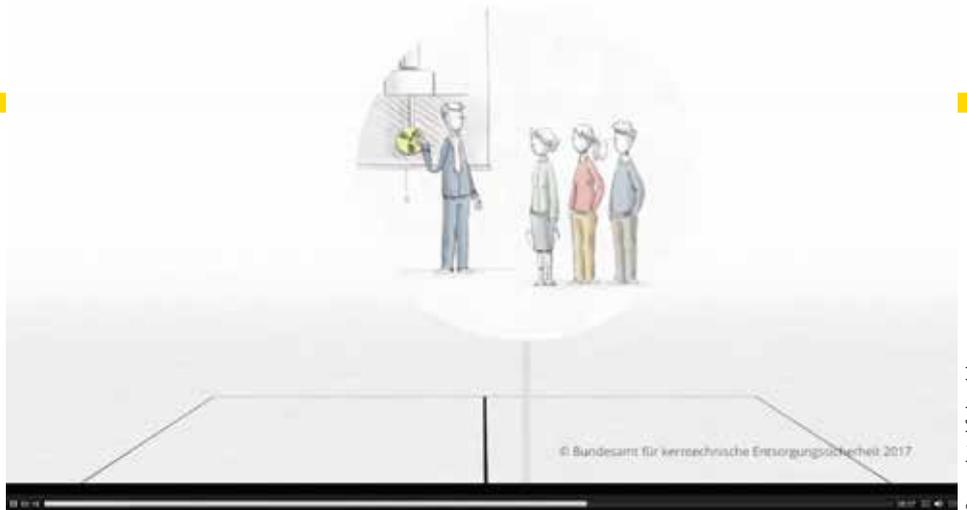
Unterstütze die vier mit ihrer Forderung, indem Du mit dafür sorgst, dass diese im ganzen Land sichtbar wird:

- Lege **Postkarten** in Kneipen, Cafés und öffentlichen Einrichtungen aus! Hänge **Plakate** in Deiner Nachbarschaft und Stadt auf! Beides gibt's kostenlos auf Seite 20 sowie auf [ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop)
- .ausgestrahlt postet Aktionsfotos zu **#AtomausstiegJetzt** auf Facebook, Instagram und Twitter. Teile sie und verbreite sie weiter!
- Du bist in etwa so alt wie der „Atomkonsens“? Dann nutze die kostenlose **Aktions-Sprechblase** aus dem .ausgestrahlt-Shop (siehe Seite 20) als Foto-Requisite. Poste Dein Aktionsfoto mit den Hashtags **#AtomausstiegJetzt** und **#ZeigGesicht** in den sozialen Medien.
- Ermuntere Freund\*innen, Kinder, Enkel\*innen, Schüler\*innen und Nachbar\*innen der Generation „Atomausstieg“, bei der **Fotoaktion** mitzumachen.

Alle nötigen Infos findest Du hier: [ausgestrahlt.de/atomausstieg-jetzt](http://ausgestrahlt.de/atomausstieg-jetzt)



Bürgerbeteiligung, wie sie das Atommüll-Bundesamt sich vorstellt: „Vor Ort wird die Bevölkerung in Regionalkonferenzen informiert.“ – 0-Ton Infofilm auf der Internetseite des BfE. Das Wort „Beteiligung“ kommt in dem ganzen Film kein einziges Mal vor ...



Screenshot: bfe.bund.de

# Anspruch und Wirklichkeit

**Analyse** | Im März wird das Standortwahlgesetz zwei Jahre alt. Die Suche nach einem dauerhaften Atommüll-Lager für hochradioaktiven Atommüll läuft. Zeit für eine erste Zwischenbilanz – in Zitaten

**D**ie neue Behörde (Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, BfE) und die neue Bundesgesellschaft (für Endlagerung, BGE) sind noch im Aufbau, arbeiten aber schon. Das Nationale Begleitzgremium (NBG) ist noch nicht komplett, hat aber bereits 25 Sitzungen hinter sich. Derweil läuft das Suchverfahren schon im Hintergrund. Fakten werden geschaffen, während die Akteur\*innen behaupten, sie seien noch in der Findungsphase. Die Bevölkerung bekommt von all dem bisher kaum etwas mit. Die BGE sammelt Geo-Daten und wertet diese bereits aus. Doch erst Mitte 2020 will sie Teilgebiete veröffentlichen, also erstmals Regionen benennen, die für die Standortsuche im Blick sind. Anhand zentraler Begriffe, die immer wieder fallen, wenn es um die angeblichen Vorzüge des Suchverfahrens geht, vergleiche ich Aussagen wichtiger Akteur\*innen mit der Realität. Alle Zitate stammen aus dem letzten Vierteljahr.

## Beteiligung

*„Eine weitreichende Öffentlichkeitsbeteiligung, das ist unsere tiefste Überzeugung, ist für das Verfahren konstitutiv.“*

Silke Albin, Vizepräsidentin des BfE

*„Es ist sehr wichtig, dass wirklich von Anfang an auch in der Entwicklung von Öffentlichkeitsbeteiligungs-Konzepten schon eine Beteiligung stattfindet.“*

Miranda Schreurs, Co-Vorsitzende des NBG

*„Niemand darf vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ganz im Gegenteil: Wir wollen, dass die Betroffenen zu Wort kommen, dass sie auch sich mit einklinken können und wir werden ihnen auch Gehör schenken – von Beginn an – und wir werden ihre Wünsche und Forderungen ernst nehmen.“*

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium

**Die Realität:** Im Standortwahlverfahren sind die Weichen längst gestellt. Spätestens mit der Verabschiedung des novellierten Standortwahlgesetzes (StandAG) in 2017 hat der Gesetzgeber das Verfahren festgelegt und alle konzeptionellen Beteiligungsspielräume verbaut. Das gilt auch für die im Gesetz beschriebenen sogenannten Beteiligungsformate, die allesamt keine Ergebniswirksamkeit haben – oder wie Silke Albin es sagt: „Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass Beteiligung nicht Mitentscheidung bedeutet.“ Das alles wurde ohne Beteiligung der potenziell Betroffenen entwickelt. Auch in den letzten beiden Jahren hat sich das nicht geändert.

Das BfE versucht nun, Informationsveranstaltungen mit dem Label „Beteiligung von Anfang an“ zu versehen. Doch von den etwa 190 Teilnehmenden an der ersten Statuskonferenz des Bundesamtes kamen etwa 180 aus Ministerien und Behörden, von Universitäten, Unternehmen,

Gutachterorganisationen und der Politik. Anwohner\*innen der möglicherweise betroffenen Standorte waren nicht vertreten. Um die Mär von der Beteiligung der Öffentlichkeit aufzudecken, bat ich auf der Konferenz diejenigen aufzustecken, die nicht aus beruflichem Interesse gekommen waren. Von den Mitgliedern des NBG einmal abgesehen waren das etwa fünf Personen. Es war, als hätte jemand „Der Kaiser ist nackt“ gerufen.

Woran das liegt? BfE und BGE verhindern eine Sensibilisierung der Bevölkerung in den potenziell betroffenen Regionen, indem sie vor Mitte 2020 keine Eingrenzung relevanter Gebiete öffentlich machen wollen, obwohl intern ganze Regionen bereits ausgeschlossen werden. Die Veranstaltung fand zudem an einem normalen Arbeitstag im für viele fernen Berlin statt. Erstaunlich einig sind sich zwei ehemalige Mitglieder der Atommüll-Kommission:

„Eine Einbindung der breiten Öffentlichkeit in das Standortauswahlverfahren ist bislang nicht gelungen. Ein Konzept zu einer aktiven Einbindung der Öffentlichkeit scheint es nicht zu geben.“

Bruno Thomauske, Ex-Atommanager

„Machen wir uns nichts vor: Die Phase 1 hat schon Halbzeit. Öffentlichkeitsbeteiligung hat nicht stattgefunden und Transparenz gibt es nicht.“

Klaus Brunsmeier, BUND, NBG-Mitglied

## Transparenz

„Information und Transparenz ist die Grundlage, ist das Wichtigste für dieses ganze Verfahren.“

Rita Schwarzelühr-Sutter

„Ausschluss und Auswahl der Regionen können Bürgerinnen und Bürger von Anfang an im Internet mitverfolgen.“

Infofilm auf der Internetseite des BfE; die Aussage bezieht sich auf die Zeit vor der für 2020 geplanten Benennung von Teilgebieten, also jetzt.

**Die Realität:** Es gibt bei den Akteur\*innen keinen Willen und keinen Weg für echte Transparenz. Nach der ersten Anwendung der Ausschlusskriterien fallen große Gebiete aus der Suche heraus. Umgekehrt wird es für alle anderen konkreter. Veröffentlicht werden sollen diese Zwischenergebnisse nicht. Die zitierte Aussage aus dem BfE-Film entspricht nicht der Wahrheit.

Zudem dürfen von der BGE gesammelte Geodaten, die von Privatunternehmen stammen, nach aktueller Rechtslage nicht öffentlich gemacht werden. Somit kann von Betroffenen

nicht nachvollzogen werden, wie Entscheidungen begründet werden.

Bezeichnend auch die Begründung von BfE-Präsident Wolfram König, warum die vier regionalen Veranstaltungen seines Amtes in Ulm, Frankfurt, Leipzig und Hamburg im Januar nur für kommunale Vertreter\*innen, aber nicht für Menschen aus kritischen Organisationen oder gar für die Öffentlichkeit zugänglich waren: „Transparenz und Nachvollziehbarkeit bedeutet eben nicht, dass alle Türen geöffnet sind für jedermann. Das würde sicherlich nicht dazu führen, dass solche Diskussionen konstruktiver laufen.“

## Lernendes Verfahren

„Das selbsthinterfragende System: Der Gesetzgeber hat uns damit eine ganz besondere Aufgabe auf den Weg gegeben. Dieser Appell, selbsthinterfragend und lernend zu sein, der will in der Praxis gelebt sein. (...) Im Ergebnis muss jederzeit ein korrigierender Kurswechsel möglich sein.“

Silke Albin

**Die Realität:** Wenn der Anspruch des lernenden Verfahrens ernst gemeint ist, dann darf es nicht gleichzeitig Zeitdruck geben. Denn wenn Zweifel an Zwischenergebnissen aufkommen, braucht es Zeit, diese zu prüfen, damit nicht aus Nachlässigkeit sicherheitsrelevante Fehler gemacht werden. Nun steht aber im Gesetz und auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, dass die Suche bis 2031 beendet sein soll. Eine denkbar unrealistische Zielvorgabe, selbst wenn alles glatt lief. Wesentliche Kurskorrekturen sind damit per se ausgeschlossen.

„Wir wollen das angestrebte Ziel der Standortfestlegung im Jahr 2031 auch tatsächlich erreichen.“

Rita Schwarzelühr-Sutter

„Den gesetzlichen Auftrag, bis zum Jahr 2031 ein Endlager in Deutschland zu finden, den nehmen wir sehr ernst. Ein Teil der Glaubwürdigkeit des Verfahrens hängt von der Einhaltung dieses Datums ab.“

Silke Albin

„In der Endlagerkommission hieß es, Transparenz und Offenheit sind die Grundprinzipien des Standortauswahlverfahrens. Doch entscheidende Akteure halten sich nicht daran. Die Endlagersuche wird noch Jahrzehnte dauern. Der Öffentlichkeit wird dies aber nicht kommuniziert. Man startet somit mit einer Anfangslüge in einen Prozess, der Glaubwürdigkeit voraussetzt.“

Bruno Thomauske zum Zieldatum 2031

Jochen Stay

## Informieren, informieren!

Mit einer vierseitigen **Atommüll-Zeitung**, **Flyern**, **Broschüren** und **Readern** informiert .ausgestrahlt kritisch über die Standortsuche.

Hilf mit, diese Materialien zu verbreiten: Bestellung (auch in größerer Stückzahl) auf Seite 21 oder unter [ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop)



## .ausgestrahlt einladen!

Organisiere eine Info-Veranstaltung zum Thema in deiner Stadt – .ausgestrahlt schickt gerne eine/n Referent\*in und macht den Termin in deiner Region bekannt. Schreib an [carolin.franta@ausgestrahlt.de](mailto:carolin.franta@ausgestrahlt.de)

## Mitbestimmen!

Wenn es gelingen soll, einen möglichst sicheren Ort für den Atommüll zu finden, dürfen die Menschen, die am Ende mit dem Risiko leben müssen, nicht übergangen werden. Fordere auch Du „Mitbestimmung für Betroffene an den potenziellen Standorten im Suchprozess für ein Atommüll-Lager!“ und sammle weitere Unterschriften: [ausgestrahlt.de/aktionen/standortsuche](http://ausgestrahlt.de/aktionen/standortsuche)



## Bleib auf dem Laufenden!

Mit einem extra Newsletter nur zum Thema Standortsuche hält dich .ausgestrahlt auf dem Laufenden. Die „Infomail Standortsuche“ kannst du kostenlos abonnieren: [ausgestrahlt.de/infoservice/standortsuche](http://ausgestrahlt.de/infoservice/standortsuche)

## Fachchinesisch?

Ein stetig wachsendes Glossar erklärt die unbekanntenen und bisweilen irreführenden Begriffe rund um die Standortsuche: [ausgestrahlt.de/standag](http://ausgestrahlt.de/standag)



# „Eine Lernkultur ist nicht vorhanden“

**Interview** | Marcos Buser, Geologe und Sozialwissenschaftler, erklärt, warum das Standortauswahlverfahren ein Wiederholungsfehler ist, warum die Atommülllager-Suche nur mit echter Teilhabe gelingen kann und warum Atommüllbehörden sich endlich von alten Denkmustern verabschieden sollten



Foto: Dennis Ydlow

## Marcos Buser

Der Geologe und Sozialwissenschaftler Marcos Buser, geb. 1949, arbeitet seit vier Jahrzehnten auf dem Gebiet der Lagerung von nuklearen und hochtoxischen Abfällen. Er war Mitglied in der schweizerischen Expertenkommission für nukleare Sicherheit und wurde zum Kritiker des dortigen Suchverfahrens. Im März/April 2019 erscheint sein Buch „Wohin mit dem Atommüll? Das nukleare Abenteuer und seine Folgen. Ein Tatsachenbericht“.

**Herr Buser, Sie befassen sich seit vielen Jahren mit der Atommüll-Frage. Wird Deutschland 2031 einen Atommülllager-Standort haben?**

Die gesamte Zeitplanung des deutschen Prozesses ist illusorisch. 2031 – das ist nicht umsetzbar. Wenn ein Projekt mit derartigen Planungsgrundsätzen startet, entsteht bei der Bevölkerung schnell der Eindruck, dass der Prozess nicht seriös ist. Die deutsche Standortsuche ist im Grunde eine Kopie des Schweizer Verfahrens. Ich rechne daher mit ähnlichen Problemen. Auch bei der Akzeptanz. Es reicht eben nicht, einfach nur geologische Suchkriterien zu definieren. Aus dem Konzept ergeben sich so viele Schwierigkeiten, dass es automatisch Widerstand geben wird.

**In den betroffenen Regionen?**

Nicht nur in den betroffenen Regionen; sondern auch in der Wissenschaft. Unter den Wissenschaftler\*innen hat es immer schon gute Köpfe gegeben, die sich von Staat und Atomindustrie nicht vereinnahmen lassen. Denken Sie an Gorleben. Damals haben sich viele Wissenschaftler\*innen geäußert und sind unbeirrt dabei geblieben, dass der Salzstock ungeeignet ist. Integre Leute gibt es immer wieder – das wird auch diesmal so sein.

**Wo sehen Sie gravierende konzeptionelle Fehler im Standortauswahlverfahren?**

Die Methoden sind nicht ausgereift. Weder bei der Lagerung noch bei der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die gesamte Verfahrenssteuerung muss sehr gut durchdacht sein. Es fehlen Leute und Institutionen, die Konzepte entwickeln und diese kontinuierlich überprüfen, die Fehler ausloten und Lernprozesse in Gang set-

zen. Qualitätssicherung und Eingriffe in einen falsch gesteuerten Prozess müssen gewährleistet sein. Das sind wichtige Voraussetzung für einen guten Prozess.

**Reden wir über Öffentlichkeitsbeteiligung. Staat und Behörden bewerben die Standortsuche als partizipatives Verfahren.**

Die Behörden glauben, sie könnten die Beteiligung von oben organisieren und dann als Partizipation ausgeben. Das ist naiv. Eine Aufgabe wie die Atommüll-Lagerung ist an hohe Risiken und unvorstellbar lange Laufzeiten geknüpft. Das kann nur gemeinsam und unter ernsthafter Beteiligung der betroffenen Regionen funktionieren. Diese müssen als Partner in das Projekt eingebunden werden.

**Was heißt das konkret?**

Das bedeutet, dass die Standortgemeinden in die Entscheidungen miteinbezogen werden. Auch dann, wenn es um konzeptionelle Grundlagen des Prozesses und um Sicherheitsfragen geht. Ohne einen offenen und ehrlichen Diskurs wird das Projekt Atommülllager-Suche einmal mehr scheitern. Sie können doch diese hochgefährlichen Abfälle nicht in eine Region bringen und den Leuten vormachen, das sei alles kein Problem mehr, sobald das Lager verschlossen ist. Ich denke, hier müssen ganz andere Modelle der Teilhabe angedacht und umgesetzt werden. Dieses Verfahren braucht eine wirkliche Beteiligung auf Augenhöhe.

**Sie sagen, das Lagerungskonzept sei ebenfalls nicht weit genug durchdacht. Warum?**

Die Zielsetzung bei der Atommüll-Lagerung ist von Anfang an darauf beschränkt worden, Mensch und Umwelt vor dem Atommüll



Foto: Philipp Ziegler

Stochern im Nebel: Es fehlen Leute und Institutionen, die Konzepte entwickeln und überprüfen, Fehler ausloten und Lernprozesse in Gang setzen

zu schützen. Dass aber umgekehrt auch das Atommüll-Lager vor dem Menschen geschützt werden muss, ist bislang nicht ausreichend berücksichtigt worden. Um dieses Doppelziel zu gewährleisten, reicht das jetzige Suchverfahren nicht aus. Wenn wir die Zukunft beleuchten, etwa unter dem Aspekt der Untergroundnutzung, dann sehen wir, dass wir ein solches Lager in 500 Metern Tiefe nicht ausreichend schützen können. Ich kenne keine einzige wissenschaftliche Arbeit weltweit, die die Risiken der Tiefenlagerung systematisch vor dem Hintergrund der Veränderungen und Bedingungen einer technisierten Gesellschaft untersucht.

**Die Idee vom Atommüll-Bergwerk ist in der Umsetzung bislang jedes Mal gescheitert. Warum halten Staaten wie Deutschland dennoch an diesem Konzept fest?**

Diese Debatte ist sehr ideologisiert. Die Geldgeber\*innen kamen immer aus der Atomwirtschaft, und die staatlichen Behörden haben das Konzept nie richtig in Zweifel gezogen. Die Atomgemeinschaft folgt einer Herden-Mentalität. Leittiere prägen Denkstile. Eine Fehler- und Lernkultur, die diesen Namen verdient, ist nicht vorhanden. Deshalb wird dieses alte vielfach gescheiterte Konzept nicht überdacht. Alle Expert\*innen der Atomwirtschaft und der Behörden sagen immer wieder, es gibt nur diese Lösung, in Bergwerken, in

500 bis 700 Metern Tiefe, in Salz und Ton und Kristallingestein. Seit 40 Jahren hören wir das. Wenn es um das Ausloten neuer Lagerungsmöglichkeiten geht, begegnen wir einer unfassbaren Ideenlosigkeit – überall auf der Welt.

**Derzeit lagert der Müll unzureichend geschützt in Zwischenlagern. Wie lange können wir noch warten, um dieses Problem zu lösen?**

Aus meiner Sicht hat die Zwischenlager-Frage absolute Priorität und Dringlichkeit. Wir brauchen ein Konzept für eine langzeitsichere Zwischenlagerung, und dieses muss rasch umgesetzt werden. Aus meiner Sicht wäre eine Lagerung in unterirdischen Kavernen (Kammern, d. Red.) sinnvoll. Nicht zwangsläufig in mehreren Hundert Metern Tiefe, es kann auch oberflächennah sein. Damit wäre der Schutz der Bevölkerung für ein Land wie Deutschland besser zu handhaben.

**Und die Frage nach der langfristigen Atommüll-Lagerung? Wollen Sie die vertagen?**

Mit einer langzeitsicheren Zwischenlager-Lösung wäre Zeit gewonnen, um parallel bessere Lösungen für die dauerhafte Lagerung oder Behandlung der Abfälle zu erarbeiten. Wir träumen doch, wenn wir glauben, dass Deutschland 2031 einen Standort für ein Atommüll-Lager gefunden hat, und dieses dann im Jahr 2050 betriebsbereit ist. Ich erwarte von

den Staaten, Politiker\*innen und Parlamenten, dass sie ihre Rolle ernst nehmen und zugeben, dass wir uns auf den Worst Case einstellen müssen. Denn der Best Case tritt in der Atomenergie nie ein. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass es dreimal länger dauern und dreimal teurer wird als geplant – oder fünfmal, oder sogar zehnmals.

**Was wäre die Voraussetzung für bessere Ideen und Konzepte?**

In der heutigen Situation sind in erster Linie Naturwissenschaftler\*innen mit der Entwicklung eines technischen Konzeptes für die Tiefenlagerung betraut. Das ist, wenn man die Auswirkungen auf die künftigen Gesellschaften berücksichtigt, einfach nicht ausreichend. Die Atommülllager-Gemeinschaft denkt viel zu eng. Archäologie, Anthropologie, Philosophie, Soziologie, Politologie – diese und andere wissenschaftliche Disziplinen werden nur am Rande berücksichtigt. Die Fragestellungen der langfristigen Atommüll-Lagerung können aber nur interdisziplinär beantwortet werden. Es braucht Leute und Institutionen, die in dieser Weise Konzepte erarbeiten, untersuchen, hinterfragen und korrigieren. Erst dann können wir zu guten Verfahren kommen. Zum jetzigen Zeitpunkt brauchen wir in der Atommüllfrage eine Denkpause, nicht vom Denken, sondern zum Denken!

*Interview: Angela Wolff*



Foto: Stefan Mayer

.ausgestrahlt bringt Licht ins Dunkel

# Von Rissen wissen

**Hintergrund** | Gefährliche Risse in den Heizrohren der Dampferzeuger des AKW Neckarwestheim sorgen im Herbst für Schlagzeilen und für einen Disput zwischen .ausgestrahlt und der Atomaufsicht in Stuttgart, die den Reaktor trotz allem wieder ans Netz lässt. Ein Sachstand

Fragen und Antworten zur Korrosion der Dampferzeuger-Heizrohre im AKW Neckarwestheim-2 und zu den möglichen Folgen eines Dampferzeuger-Heizrohrlecks sowie die fachliche Stellungnahme von Prof. Dr.-Ing. habil. Manfred Mertins findest Du unter [ausgestrahlt.de/akw-neckarwestheim](http://ausgestrahlt.de/akw-neckarwestheim)



Mehr als hundert von heißem radioaktivem Wasser durchströmte und unter hohem Druck stehende Heizrohre in den Dampferzeugern des AKW Neckarwestheim-2 weisen teilweise tiefgehende Risse auf. Die Risse, die unvorhersehbar und schnell wachsen können, haben an einzelnen Stellen schon bis zu 91 Prozent der Rohrwand durchdrungen, das Metall ist dort nur noch 0,1 Millimeter dick. Als .ausgestrahlt diese Informationen aus dem Umweltministerium im Oktober öffentlich macht, ist die Aufregung groß. Denn der Abriss eines oder mehrerer der rund 16.000 Heizrohre, schreibt Reaktorsicherheitsexperte Manfred Mertins in einer Stellungnahme für .ausgestrahlt, kann bereits einen schwerwiegenden, unter Umständen

sogar auslegungsüberschreitenden Störfall auslösen. Davor hatte – unter Verweis auf ein weiteres mögliches Unfallszenario – auch der ehemalige Betriebsleiter des AKW Biblis-B, Helmut Mayer, im .ausgestrahlt-Magazin Nr. 41 gewarnt.

In den vier Dampferzeugern des AKW strömt das mehr als 300 Grad heiße radioaktive Wasser des Primärkreislaufs, das aus dem Reaktorkern kommt, durch jeweils 4.000 etwa 13 Meter lange, u-förmig gebogene Rohre, die sogenannten Heizrohre. Diese geben die enorme Hitze an das sie umströmende Wasser des Sekundärkreislaufs ab, das dabei verdampft; der unter hohem Druck stehende Dampf treibt schließlich die Turbinen, diese wiederum die Generatoren an – fertig ist der Atomstrom.

In seiner eigenen Mitteilung hatte das Umweltministerium zunächst nur von einer „größeren Anzahl“, EnBW sogar nur von „einzelnen“ betroffenen Heizrohren gesprochen. Weder EnBW noch die Atomaufsicht hatten zudem darauf hingewiesen, dass es sich bei den Rissen um die besonders gefährliche Spannungsrisskorrosion handelt (dazu unten mehr), noch hatten sie erwähnt, dass neben den Rissen auch muldenförmige Korrosionen an den Heizrohren aufgetreten sind.

Letzteres ist deswegen beachtlich, weil EnBW bereits während der Revision im Herbst 2017 „muldenförmige Vertiefungen“ an der Außenseite von 32 Heizrohren des Dampferzeugers Nr. 10 melden musste (der ebenfalls stichprobenweise untersuchte Dampferzeuger Nr. 30 war ohne Befund). Die damals in Absprache mit der Atomaufsicht eingeleiteten Gegenmaßnahmen konnten den Schadensmechanismus aber offensichtlich nicht abstellen: Im Laufe des Betriebszyklus 2017/2018 vergrößerten sich bereits vorhandene Befunde, neue kamen hinzu.

### **Gefährliche Fehleinschätzungen**

Die dem grünen Umweltminister Unterstellter unterstehende Atomaufsicht in Stuttgart nahm die Wanddickenschwächungen 2017 auch nicht zum Anlass, sofort alle vier Dampferzeuger des AKW überprüfen zu lassen – andernfalls hätte EnBW den Reaktor nicht so schnell wieder in Betrieb nehmen können. Vielmehr ordnete sie eine Überprüfung der beiden anderen Dampferzeuger erst für die Revision 2018 an. Damit sei man bereits über die Anforderungen des kerntechnischen Regelwerks hinausgegangen, argumentiert die Behörde. Ohne dass die Ursache der Korrosion geklärt wäre, darf der Reaktor am 28. September 2017 schließlich wieder ans Netz. Lochkorrosion allerdings, das teilt die Behörde damals auf Anfrage mit, sei an den Heizrohren schon aus physikalisch-chemischen Gründen unmöglich.

Inzwischen ist klar, dass diese Einschätzung falsch war: Bei den muldenförmigen Vertiefungen handelte und handelt es sich um Lochkorrosion. Was sowohl EnBW als auch die Aufsichtsbehörde hätte stutzig machen müssen. Denn die Heizrohre in den Dampferzeugern sind aus einem eigentlich besonders korrosions-

beständigen Material gefertigt. Korrodiert dieses trotzdem, ist das ein Hinweis darauf, dass die schützende chromhaltige Schicht an der Oberfläche stellenweise beschädigt ist.

An dieser Stelle kommen die oben erwähnten und weitaus gefährlicheren Risse ins Spiel: Denn an den beschädigten Oberflächen können sich Sulfite und Chloride aus dem Wasser des Sekundärkreislaufs absetzen. Damit wiederum sind an den herstellungsbedingt unter Zugspannungen stehenden Heizrohren die Voraussetzungen für Spannungsrisskorrosion gegeben – die Ursache der 2018 schließlich entdeckten 101 Risse.

Spannungsrisskorrosion sagt die Materialwissenschaftlerin Ilse Tweer, die sich lange mit dem Phänomen beschäftigt hat, sei deshalb so gefährlich, weil man sie „nicht vorhersagen“ könne. Lägen die entsprechenden Randbedingungen vor, könnten solche Risse unerwartet auftreten und unvorhersehbar schnell fortschreiten.

Wann genau die Risse im AKW Neckarwestheim-2 entstanden und in welchem Tempo sie gewachsen sind, ist unbekannt: Die betroffenen Dampferzeuger Nr. 20 und 40 waren zuletzt 2014 und auch damals nur stichprobenweise kontrolliert worden. Die Reaktorsicherheitskommission hält nach Erfahrungen in anderen AKW fest, dass bei Spannungsrisskorrosion schon innerhalb von 1,5 bis 2 Jahren „mit einem wanddurchdringenden Riss gerechnet werden müsse“.

Dass sich überhaupt so viele korrosive Substanzen im Wasser des Sekundärkreislaufs befinden, ist, wie auf Nachfrage von .ausgestrahlt herauskommt, wiederum auf Fehleinschätzungen von Betreiber und Aufsichtsbehörde zurückzuführen. So gibt es im AKW Neckarwestheim-2 offenbar erstens seit vielen Jahren Lecks in den Kondensator-Rohren, durch die zur Kühlung genutztes sulfathaltiges Neckarwasser in den Sekundärkreislauf eindringt. Zweitens speist EnBW, und zwar mit Billigung der Aufsichtsbehörde, seit 2010 absichtlich Sauerstoff in das Wasser des Sekundärkreislaufs ein, um Ablagerungen in den Zwischenüberhitzern zu bekämpfen. Wie der TÜV jetzt in einer Stellungnahme festhielt, führte diese Sauerstoffdosierung allerdings auch dazu, dass sich vermehrt Eisenoxid bildete. Die Rostpartikel lagerten sich unter anderem an den Enden der Dampfer-

zeuger-Heizrohre ab, wo sie wie ein Schwamm für im Wasser enthaltene Chloride und Sulfate wirkten und so besonders korrosive Bedingungen schufen. Acht Jahre lang hatte diese Gefahr offenbar niemand auf dem Schirm.

### **Weitere Risse nicht ausgeschlossen**

Nach Entdeckung der Risse stoppte EnBW notgedrungen die Sauerstoffeinspeisung wieder und dichtete die Kondensator-Leckagen teilweise ab. Zudem bemühte sich der Konzern, mit Spülungen möglichst viel der korrosionsfördernden Ablagerungen an den Enden der Heizrohre zu entfernen. Nach Aussage des TÜV können all diese Maßnahmen eine weitere Spannungsrisskorrosion aber „nicht ausschließen“. Auch die Atomaufsicht hält in ihrem abschließenden Bericht weitere Risse, selbst wanddurchdringend, für möglich.

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Reaktorsicherheitsexperten Manfred Mertins forderte .ausgestrahlt am 6. November, den Reaktor nicht wieder ans Netz zu lassen, „solange das Auftreten weiterer schnell wachsender Risse in den Dampferzeugern nicht hundertprozentig ausgeschlossen ist“. Die baden-württembergische Atomaufsicht, kurz davor, dem Wiederanfahren des Reaktors zuzustimmen, zeigte sich darüber not amused. Mit Blick auf die entdeckten Risse vor der Gefahr eines schweren Störfalls in Neckarwestheim zu warnen, sei unseriös, warf der Leiter der Atomaufsicht, Gerrit Niehaus, .ausgestrahlt öffentlich vor. EnBW, argumentiert er, habe die rissigen Rohre verschlossen und Maßnahmen getroffen, die die Gefahr weiterer Korrosionen verringern sollen. Es sei daher davon auszugehen, dass zumindest bis zur nächsten Revision kein Heizrohr leck schlage. Für den Fall, dass es doch dazu komme, habe man EnBW auferlegt, den Reaktor sofort abzufahren, damit das Leck sich nicht zum Bruch ausweiten könne. Rechtlich seien somit alle Voraussetzungen erfüllt, den Reaktor für zunächst neun Monate wieder in Betrieb zu nehmen. Die von Mertins in seiner Expertise beschriebenen Szenarien, so Niehaus, seien zwar möglich, in Neckarwestheim aber sehr „unwahrscheinlich“.

Das jedoch gilt für so ziemlich jedes Szenario, welches bisher zu einem Atomunfall geführt hat.

*Armin Simon*

## Euratom im Fokus

Ende Mai ist **Europawahl**, Europa deshalb in den nächsten Monaten öffentliches Thema. Nutze die Gelegenheit, auf den anachronistischen Euratom-Vertrag hinzuweisen und ein Ende der Pro-Atom-Politik der EU zu fordern. Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gehört abgeschafft oder reformiert: **Keine Förderung der Atomkraft in der EU mehr!**



- ★ Hänge **Plakate** auf, lege **Flyer** aus oder verteile sie, etwa bei Wahlkampfveranstaltungen; nutze die gummierten **Aufkleber** (Diese dürfen natürlich keinesfalls auf Wahlplakaten angebracht werden!).

- ★ **Samle Unterschriften:** „Europa ohne Atom: Euratom abschaffen!“



- ★ **Stell die Europa-Kandidat\*innen zur Rede:** Wie stehen sie zu Euratom und zu einer Überarbeitung des Euratom-Vertrages? Falls es sich um Kandidat\*innen von CDU, CSU und SPD handelt: Diese Parteien haben im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart, sich für eine Reform des Euratom-Vertrages einzusetzen ...

Alle oben genannten **Materialien** sowie die „Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft“ kannst du auf Seite 20 oder [ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop) kostenlos bestellen. Weitere Informationen zum Thema findest du auf [ausgestrahlt.de/euratom](http://ausgestrahlt.de/euratom)

# Abschaffen, umschreiben oder austreten?

**Analyse | Die EU fördert Atomkraft. Das kann so nicht bleiben. Was aber tun mit der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom?**

**W**as soll das denn nun heißen? „Euratom abschaffen“, steht auf den .ausgestrahlt-Plakaten. Klar, der Pro-Atom-Vertrag, so wie er derzeit ist, muss weg. Abschaffen aber können ihn die EU-Mitgliedstaaten nur einstimmig. Ist das realistisch? Vermutlich eher nicht.

Umschreiben allerdings, also reformieren, entschärfen, umwidmen, geht ebenfalls nur im Konsens. Könnten langwierig werden, solche Verhandlungen. Klar, Deals auch über Politikfelder hinweg sind immer denkbar, das zeigen viele einstimmige EU-Entscheidungen. Aber wer denkt sich solche Paketlösungen zu Euratom aus?

Also doch lieber austreten, aus Prinzip? Auch wenn die anderen Länder dann eben alleine entscheiden, auch über unser Geld, das – Austritt hin oder her – weiterhin für Euratom fließen würde? Oder entsteht gerade über die Austritts-Drohung mehrerer Länder der Druck für eine Reform?

Was tun mit Euratom – das ist ganz schön tricky. Allerdings können wir diese realpolitischen Details auch den Regierungen und ihren Jurist\*innen überlassen. Wir haben uns das bizarre Konstrukt eines Atomkraft-Förder-Vertrags, dem bisher alle EU-Mitglieder zwangsweise beitreten mussten und der nur einstimmig (!) zu reformieren oder abzuschaffen ist, ja

nicht ausgedacht. Wir wissen und fordern aber: Das, was dieser Vertrag seit mehr als 60 Jahren festschreibt, nämlich die Förderung und Bevorzugung der Atomkraft in der ganzen EU, darf keinesfalls so bleiben.

Das sehen hoffentlich und vermutlich nicht nur wir so: Verlässt Großbritannien die EU, betreiben nur noch 13 von 27 EU- und damit Euratom-Mitgliedstaaten überhaupt AKW; vier der 13 haben zumindest auf dem Papier schon beschlossen, dass sie die Atomkraftnutzung beenden wollen (siehe Seite 24). Und dagegen, weiter Steuergeld in Atomkraft zu pumpen, sprechen schon schnöde ökonomische Gründe: Sogar abgeschriebene Atomkraftwerke rechnen sich nur, solange die Gesellschaft – und nicht etwa eine Versicherung – die Unfall- und Atom-müll-Risiken trägt. Keine einzige private Bank weltweit gibt für AKW-Neubauten mehr ihr Geld. Warum sollte ausgerechnet die EU, die mit Großbritannien voraussichtlich auch einen gewichtigen Beitragszahler verliert, diese unwirtschaftliche Hochrisikotechnik weiter fördern?

Machen wir also einfach Druck, dass sich was ändert in Sachen Euratom. Abschaffen, umschreiben oder austreten – ist der Druck nur groß genug, wird er sich schon einen Weg bahnen, die aus der Zeit gefallene Atomgemeinschaft von 1957 zu entschärfen.

Armin Simon

# Atomkraft in Japan

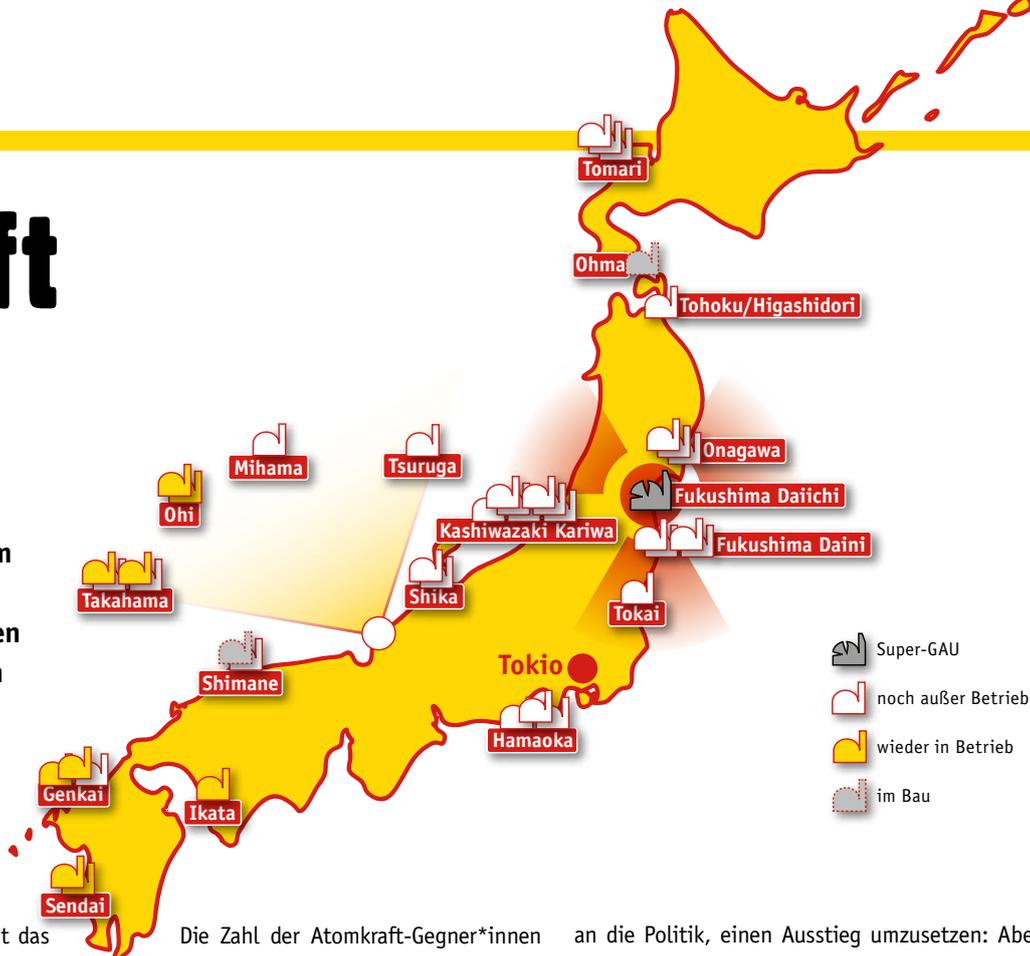
**Hintergrund** | Acht Jahre nach dem Super-GAU von Fukushima ist die Mehrheit der Bevölkerung für einen Ausstieg – setzt diesen gegen den politisch-industriellen Komplex aber nicht durch

Auf der Rikuzenharma-Straße beginnt das Messgerät heftig zu knacken – die Intensität der Betastrahlen nimmt zu. „Da muss viel radioaktiver Schmutz auf der Fahrbahn kleben“, sagt Yoichi Ozawa. Die Straße läuft hier in zwei Kilometern Entfernung am havarierten Kraftwerk Fukushima Daiichi vorbei, zwischen den Bäumen blitzen immer wieder die Schornsteine der Ruine auf. „Der Verkehr von dem Gelände nimmt offenbar einiges an Verschmutzung mit“, vermutet Ozawa.

Der 63-Jährige ist Mitglied des „Fukuichi-Strahlenüberwachungsprojekts“. Die Mitglieder dieses Vereins messen auf eigene Faust die Belastung in ihrer Heimatregion. Die engagierten Bürger\*innen liegen damit über Kreuz mit der Regierung, die immer noch einen Wiedereinstieg in die Atomkraft plant. Zwar sind auch acht Jahre nach dem Super-GAU von einst 54 Reaktoren nur neun wieder am Netz – doch nach dem Willen der Regierung soll ihre Zahl bis 2030 wieder auf 30 steigen.

## Drei Viertel für einen Atomausstieg

So wie Ozawa und sein Verein engagieren sich landesweit zahlreiche Gruppen gegen Atomkraft. Meinungsbilder zu dem Thema aber zeigen ein gespaltenes Land: Das politisch-industrielle Establishment, die Regierung, die Versorger und der besonders konservative Teil der Bevölkerung befürworten eine Weiternutzung der vorhandenen Nuklearanlagen und wollen sogar AKW-Neubauten. Eine Mehrheit der Bevölkerung jedoch ist nach der traumatischen Erfahrung von 2011 für einen Ausstieg.



Die Zahl der Atomkraft-Gegner\*innen hat in den letzten Jahren noch zugenommen. Das zeigt sich auch in der Politik des an und für sich atomfreundlichen Premiers Shinzo Abe. Dessen Hauptaugenmerk liegt neben der Atomkraft auf der schnellen Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft – in Verbindung mit erneuerbaren Energien, die, so der neueste Plan, bis 2040 mehr als die Hälfte des Stroms liefern sollen.

Was seine Atompläne angeht, musste Abe zudem Rückschläge hinnehmen: Zunächst ging im vergangenen Jahr die Reaktorsparte des Technik-Konzerns Toshiba pleite. Jetzt meldete auch Konkurrent Hitachi Zweifel an der Zukunftsträchtigkeit von Atomkraft an. Das Unternehmen verlangt neue finanzielle Garantien, bevor es an Kraftwerksprojekten in Großbritannien weiterplanen will.

Die atomkritischere Haltung der Bevölkerung schlägt sich in vielen kleinen Protesten nieder. Meist geht es dabei jedoch weniger um landesweite oder globale Belange, sondern um örtliche Anliegen. Am 3. Januar gingen beispielsweise 200 Mitglieder der Gruppe „Hanseiren“ im Tokioter Stadtteil Takadanobaba zu ihrer Neujahrsdemo auf die Straße. Hanseiren setzt sich für eine atomfreie Zone entlang des Liniennetzes der Privatbahn Seibu in Provinzen nordwestlich von Tokio ein.

In einer landesweiten, repräsentativen Umfrage der „Tokyo-Zeitung“ sprachen sich im vergangenen Jahr drei Viertel der Befragten für einen Atomausstieg aus, darunter zehn Prozent sogar für einen sofortigen. Doch trotz der Atomkatastrophe von Fukushima und solchen Umfrageergebnissen gibt es keinen klaren Auftrag

an die Politik, einen Ausstieg umzusetzen: Abe bleibt trotz seiner Pro-Atom-Politik populär und andere Themen erscheinen den Leuten wichtiger.

## Geschickt gesäte Zweifel

Zudem kursieren geschickt gesäte Zweifel, ob ein Ausstieg bei allem Wollen auch machbar sei. Selbst Atomkritiker\*innen sehen das Land in einem Dilemma. Die Anforderungen gehen weit auseinander: Japan will Vorreiter in der Kohlendioxidreduktion sein, verbrennt jedoch derzeit deutlich mehr Kohle als vor Fukushima. Und der Ausbau der Erneuerbaren kommt deutlich langsamer voran als erhofft.

Dazu kommen einige Besonderheiten. Japan hat beispielsweise anders als Deutschland und die EU kein flächendeckend verbundenes Stromnetz: Zehn örtliche Versorger werkeln im Wesentlichen unkoordiniert vor sich hin. In Nord- und Süd-Japan sind noch nicht einmal die Stromfrequenzen identisch. Energieautobahnen, die den Saft von windigen Ecken des Landes in die Ballungszentren bringen, sind kaum umzusetzen. Deshalb plant Japan auch kaum Offshore-Windparks.

Atomkraftgegner wie Yoichi Ozawa können diese Argumente jedoch nicht nachvollziehen. In der strukturschwachen Provinz Fukushima sei viel Platz für Solarkraft, sagt er, an die Küste passten noch viele Windräder. Jedermann könne zudem sehen, dass es auch ohne Atomkraft gehe. Tatsächlich kamen 2017 nur gut drei Prozent des Stroms in Japan aus den Meilern. „Da ist die Null doch gar nicht weit entfernt.“

*Finn Mayer-Kuckuk, Fukushima/Berlin*

# „Viele suchen wieder den Einstieg und werben dafür“

**Porträt | Anete Wellhöfer, 56, macht mit dem „Karlsruher Bündnis gegen neue Generationen von Atomreaktoren“ die staatlich finanzierten Forschungen für neue AKW öffentlich bekannt**



Foto: privat

**I**n Karlsruhe ist Anti-Atom ein großes Thema – auf dem Gelände des früheren Kernforschungszentrums wird immer noch Atomforschung betrieben, Atomkraft und Fusionstechnik gelten dort immer noch als Zukunftstechnologie; es gibt ein riesiges Atommüll-Lager, etliche Atomanlagen, die abgerissen werden, und das AKW Philippsburg ist auch nur 30 Kilometer entfernt. In den letzten anderthalb Jahren haben sich in Karlsruhe gleich zwei neue Anti-Atom-Gruppen gegründet. Die eine beschäftigt sich mit der nächsten Generation von Atomreaktoren, die andere mit Atommüll – weil man auch in Karlsruhe und Philippsburg nicht weiß, wohin mit dem atomaren Abrissmüll.

Ich selbst habe mich schon immer mit vielen politischen Themen beschäftigt, Feminismus, Antirassismus und so weiter. Aktiv gegen Atomkraft bin ich seit dem

**„Die staatliche Unterstützung der Forschung zu neuen Reaktoren muss ein Ende haben.“**

„Ausstieg aus dem Ausstieg“ 2010. Diese Unverschämtheit hat mich echt auf die Palme gebracht – und dagegen habe ich, auch mit Mitteln des zivilen

Ungehorsams, protestiert. Manchmal braucht es ja so Ereignisse, die einem einen Tritt in den Hintern geben.

Im Moment sehe ich, dass viele denken, wir seien ausgestiegen, man müsse also zu dem Thema nichts mehr tun, und dass auch eine große Mehrheit hinter diesem Ausstieg steht. Allerdings habe ich den Eindruck, dass es immer noch viele gibt, darunter Forscher\*innen jung und alt, die wieder den Einstieg in die Atomkraft suchen und dafür auch schon öffentlich werben. So wie mit dem „Arte“-Film „Thorium – Atomkraft ohne Risiko?“ oder im Oktober bei der „nuclear pride“ auf dem Marienplatz in München, wo die Atomlobby ein Fest feierte und dafür sogar noch

Begriffe sozialer Bewegungen klaute, man denke an „gay pride“ und so. Im gleichen Monat diskutierte die Atomlobby auf einer Konferenz in Brüssel über Reaktoren der „Generation IV“. Die EU forscht dazu unter anderem am Joint Research Center (JRC) Karlsruhe, das früher Institut für Transurane (ITU) hieß und zur Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) gehört. Mitarbeiter\*innen des JRC haben in Brüssel Vorträge gehalten. Und auf einer Veranstaltung in Karlsruhe Anfang Dezember haben sie ganz offen eingeräumt, dass sie noch immer an Atomkraft und an neue Reaktoren glauben.

Zum Thema Atomkraft gibt es eben zwei Seiten in Deutschland: Offiziell ist der Ausstieg beschlossen. Inoffiziell aber finanzieren, unterstützen und ermöglichen Bundes- und sogar die grün geführte baden-württembergische Landesregierung Forschungen an und für neue AKW!

Dagegen hat sich im Herbst 2017 das „Karlsruher Bündnis gegen neue Generationen von Atomreaktoren“ gegründet, in dem, neben Wissenschaftler\*innen und engagierten Einzelpersonen, auch etliche Umwelt-, Anti-Atom- und andere Gruppen vertreten sind. Ich selbst bin quasi von Anfang an mit dabei: Diese Forschung darf nicht einfach im stillen Kämmerlein passieren! Wir müssen immer wachsam sein, eine kritische Öffentlichkeit ist unbedingt erforderlich.

Unser Schwerpunkt derzeit ist Öffentlichkeitsarbeit, der erste Schritt, dass wir uns selbst einarbeiten ins Thema. Wir suchen, erfragen und tragen alle verfügbaren Infos zusammen. Auch das JRC selbst haben wir angeschrieben, da kam aber nur Blabla zurück. Unsere Infos geben wir dann weiter, gehen auch zu Veranstaltungen über das Thema und mischen uns dort in die Diskussion ein. Zu den „Events“ in Brüssel und München haben wir es personell leider nicht geschafft. Wir haben uns als Gruppe auch gefragt,

ob es sinnvoll ist, der Atomlobby hinterherzureisen und ihr damit noch zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen. Das sollten wir in den überregionalen Anti-Atom-Strukturen diskutieren.

Seit einigen Wochen ist unsere neue Homepage am Start, zudem organisieren wir auch selbst Veranstaltungen. Die Presseresonanz in Karlsruhe selbst ist leider verhalten, die Lokalpresse bisher nicht sehr interessiert. Nach einem Artikel in einer kleinen örtlichen Umweltzeitschrift haben sich allerdings gleich neue Leute gemeldet, die mitmachen wollen. Andere kamen über Verteiler existierender Gruppen zu uns. Wir treffen uns einmal im Monat, Interessierte sind uns sehr willkommen.

Außer in dem Bündnis bin ich noch in der Anti-Atom-Initiative Karlsruhe aktiv, wo wir uns nicht auf ein einzelnes Atom-Thema spezialisiert haben, sondern uns um alles kümmern, was im Raum Karlsruhe gerade ansteht. So haben wir etwa Einwendungen zum geplanten Abriss der beiden Reaktoren in Philippsburg erhoben. 2017, als fünfzehn Castorbehälter mit hochradioaktivem Atommüll vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim verschoben wurden, waren wir viele Male bei Aktionen vor Ort. Einmal habe ich auch im sieben Grad kalten Neckarwasser demonstriert.

Dieses Jahr sollen fünf Castor-Behälter aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Philippsburg kommen. Beim Infotermin neulich traten einige Ungereimtheiten zutage. So wird der riesige Konverter in Philippsburg, an dem eine Stromautobahn enden soll, wegen der Hochwassergefahr drei bis fünf Meter erhöht gebaut. Die Castorhalle dagegen, die direkt daneben steht und in der neben den abgebrannten Brennelementen aus dem AKW auch der Atommüll aus La Hague für viele Jahrzehnte lagern soll, ist nicht so hoch gebaut. Die kann einfach überflutet werden ...

Es gibt alte Aussagen von EnBW, dass die 2019 erwarteten La Hague-Castoren im Zwischenlager zwei intakte Deckel brauchen, um sie auch wieder abtransportieren zu können – was ein Problem ist, denn so ein Deckel kann ja auch mal undicht werden. Dieses Mal hieß es dann, zwei Deckel seien nicht notwendig. Da wurden wir auch hellhörig.

Im AKW Philippsburg selbst gibt es regelmäßig Skandale, auch in dem noch laufenden Block 2. Vor einem guten Jahr etwa kam raus,

dass der Reaktor 32 Jahre lang nicht einmal über den schon bei seinem Bau vorgeschriebenen Schutz gegen Flugzeugabstürze und Erschütterungen verfügte – ohne dass es jemandem aufgefallen wäre. So hätte er eigentlich nie ans Netz gehen dürfen!

Und während der Neubau der Lagerhalle für schwach- und mittelaktiven Atommüll auf dem Gelände des ehemaligen Kernforschungszentrums, dem heutigen KIT Campus-Nord, zwei Meter dicke Wände aufweist, sind die des Zwischenlagers für hochradioaktiven Müll beim AKW Philippsburg nur 80 Zentimeter stark. „Dickerer Beton kann auch mehr Probleme bedeuten“, hat der Präsident des Atommüll-Bundesamts BfE, Wolfram König, am 14.11.2018 in Philippsburg dazu gesagt. Uns hat das nicht überzeugt. Daneben stellt sich die Frage, wie lange die Castoren eigentlich halten.

Was die Atomforschung in Karlsruhe angeht, finde ich besonders skandalös, dass es meist um Reaktoren geht, die mit Thorium betrieben werden sollen. Daraus entsteht im Normalbetrieb das Vorprodukt Protactinium, das mit chemischen Methoden aus der heißen Salzbrühe herausgelöst werden kann und schließlich in reines, atomwaffenfähiges Uran-233 zerfällt. Wer das in die Hände bekommt, kann daraus Atombomben bauen. Das ist – neben all den Reaktor- und Atommüllrisiken – eine immense zusätzliche Gefahr. Wir hoffen, dass sich dagegen bald ein breiter gesellschaftlicher Widerstand entwickelt. Die staatliche Unterstützung der Forschung zu neuen Reaktoren, ob aus Bundes- oder EU-Mitteln, muss ein Ende haben. Die Landesregierung darf solche Arbeiten nicht auch noch mit Genehmigungen unterstützen. KIT und JRC müssen die Forschung zu Themenstellungen im Zusammenhang mit Atomreaktoren der 4. Generation endgültig aufgeben.

**anti-atom-ka.de**

Protokoll: Armin Simon

**„Sie haben offen eingeräumt, dass sie immer noch an Atomkraft und an neue Reaktoren glauben.“**

Anzeige



**Anti-Atomstrom**

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.

**ÖKO-TEST**  
Öko-Stromtarife  
EWS Ökostrom  
**sehr gut**  
Spezial Energie 2018

**Atomkraft Lügen Lügen**

**Auf nach Schönau!**  
Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.

**EWS**  
Elektrizitätswerke  
Schönau

atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)

# .ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellung per Telefon 040 / 2531 8940 oder direkt online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: [www.ausgestrahlt.de/shop](http://www.ausgestrahlt.de/shop)

Für Deine Bestellung innerhalb Deutschlands fallen 4,70 € anteilige Versandkosten an.



Plakat  
„Atomausstieg jetzt!“  
– Zora

A2 – kostenlos M-316-09  
A3 – kostenlos M-316-10

## ATOMAUSSTIEG JETZT



Plakat  
„Atomausstieg jetzt!“ – Lenny

A2 – kostenlos M-316-01  
A3 – kostenlos M-316-02



Postkarten-Set  
„Atomausstieg jetzt!“  
Set aus 5 × 4 Postkarten  
(Zora, Lenny, Pina und Kilian)  
A6, zweiseitig – kostenlos  
M-316-07

Sprechblase  
„Ihr steigt schon mein ganzes Leben lang aus“

A3 – kostenlos M-316-08



## EUROPA OHNE ATOM



Plakat  
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!“  
A2 – kostenlos M-315-06  
A3 – kostenlos M-315-02



Spucki-Block  
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!“  
Anfeuchten und aufkleben. 50 Blatt pro Block  
A7 – kostenlos M-315-05



Flyer  
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!“  
Din lang, sechsseitig, kostenlos M-315-04



Hintergrund-Info  
„Euratom – oder Europa ohne Atom“  
Fragen und Antworten zur Europäischen Atomgemeinschaft  
A5, vierseitig – kostenlos M-315-01



Unterschriftenliste  
„Europa ohne Atom! Euratom abschaffen!“  
mit Platz für 14 Unterschriften  
A4, zweiseitig – kostenlos M-315-03

## FUKUSHIMA-JAHRESTAG



**Plakat**  
**„8 Jahre nach Fukushima“**  
 zur Ankündigung Deiner Mahnwache/  
 Veranstaltung/Aktion  
 A3 – kostenlos M-310-40



**Flyer**  
**„Fukushima-Demo Neckarwestheim  
 am 10.3.2019“**  
 A5, vierseitig – kostenlos M-310-41



**Plakat**  
**„Ahaus-Demo am 9.3.2019“**  
 A2 – kostenlos M-310-42  
 A3 – kostenlos M-310-43

**Flyer**  
**„Ahaus-Demo am 9.3.2019“**  
 A5, doppelseitig – kostenlos M-310-441



**Absperband**  
**„Sicher ist nur das Risiko“**  
 PE-Folie, reißfest, 7,5 cm breit,  
 250 Meter auf einer Rolle  
 15 Euro V-308-04

## ATOMMÜLL

**Atom Müll-Zeitung**  
 Mit Infos und Artikeln zur  
 Atom Müll-Lager-Suche, Ausgabe #01  
 „taz“-Format, vierseitig – kostenlos M-302-35



**Ausstellung**  
**„Fukushima, Tschernobyl und wir“**  
 15 Plakate (inkl. Titelplakat) zu Fakten und Folgen  
 der beiden schlimmsten Reaktorunfälle bisher. Format A1  
 120 Euro Soli-Preis V-310-01-3  
 60 Euro Normal-Preis V-310-01-2  
 30 Euro Leider-leider-Preis V-310-01-1

**Ankündigungsplakat für die Ausstellung**  
 Hat Platz für einen Überkleber mit Zeit und Ort Deiner Ausstellung  
 A2 – kostenlos M-310-11  
 A3 – kostenlos M-310-04

**Broschüre „Tschernobyl und Fukushima“**  
 Fragen und Antworten zu den beiden bisher  
 größten Atomkatastrophen  
 A6, 40 Seiten – 40 Cent  
 (ab 10 Exemplaren: 30 Cent/Stck.) V-125-12



**Transparent „Fukushima ist überall“**  
 wetterfest, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten  
 zum Einstecken von Stäben. Ösen an den Ecken. 300 x 70 cm  
 25 Euro V-300-03



**Broschüre „Öffentlichkeitsbeteiligung bei der  
 Standortsuche für ein langfristiges Atom Müll-  
 Lager nach StandAG“**  
 Eine Analyse von Dr. Dieter Kostka im Auftrag  
 von .ausgestrahlt. 1. Auflage, November 2018  
 A4, 167 Seiten – 5 Euro M-302-39



**Broschüre „Atom Müll-Lager per Gesetz“**  
 Kritische Anmerkungen zum  
 Standortauswahlverfahren  
 A6, 48 Seiten – kostenlos M-302-23



## .ausgestrahlt

**.ausgestrahlt-Magazin Nr. 42**  
 zum Auslegen und Verteilen  
 A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-42





Foto: Stefan Mayer

Projektion auf die Reaktorkuppel des AKW Neckarwestheim-2 am 25./26. Oktober

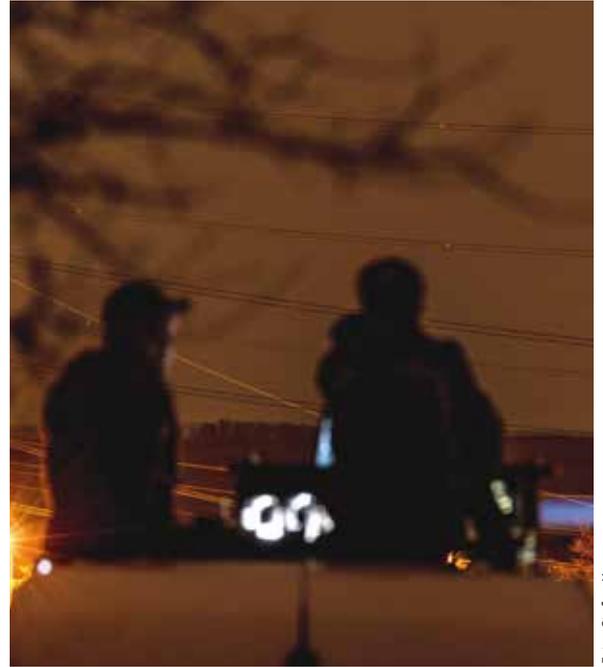


Foto: Stefan Mayer

## Dampf machen

Mehr als 100 gefährliche Risse tauchen im September in den Heizrohren der Dampferzeuger des AKW Neckarwestheim-2 auf, zum wiederholten Mal tritt zudem Lochfraß auf. Doch statt den fast 30 Jahre alten Reaktor ein für alle Mal abzuschalten, greift EnBW zu Stopfen und Spülungen: Das soll Lecks und wanddurchdringende Risse zumindest für die nächsten paar Monate verhindern.

„Flicken bis zum Super-GAU“ nennt .ausgestrahlt das, und so ist es in der Nacht auf den 26. Oktober auch meterhoch auf der Reaktorkuppel selbst zu lesen: In Zusammenarbeit mit Atomkraftgegner\*innen aus der Region hat .ausgestrahlt einen Projektor am anderen Neckarufer positioniert. Die Presseresonanz ist groß.

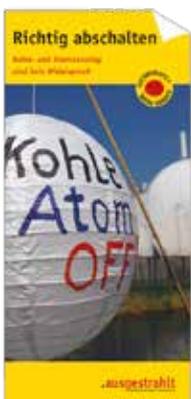
Fünf Tage später landet eine Ladung Altmetall vor dem Umweltministerium in Stuttgart. „Schrottreaktor Neckarwestheim endlich abschalten“ lautet die unmissverständliche Forderung. Und eine Stellungnahme des Reaktorsicherheitsexperten Manfred Mertins, die .ausgestrahlt am 6. November publiziert, macht deutlich, dass der Abriss eines Dampferzeuger-Heizrohrs in einem AKW auch zu einem auslegungsüberschreitenden Störfall führen kann.

Dutzende Atomkraftgegner\*innen fordern nach einem Newsletter von .ausgestrahlt Umweltminister Untersteller (Grüne) auf, seine Zustimmung zum Wiederauffahren des Meilers zu verweigern. Der lässt den Reaktor dennoch wenige Tage später unter Auflagen wieder ans Netz. Mehr dazu auf Seite 14-15.



Foto: Jürgen Baumeister

Protest vor dem Umweltministerium in Stuttgart am 31. Oktober



### RWE stoppen

Viele Atomkraftgegner\*innen unterstützen die Anti-Kohle-Proteste, etwa im Hambacher Wald. Ein aktueller Flyer von .ausgestrahlt erklärt, warum Atom- und Kohleausstieg kein Widerspruch sind. Reißenden Absatz findet auch ein Flugblatt, das dazu aufruft, dem Braunkohle- und Atomstromkonzern RWE, Energiewendeverhinderer Nr. 1, zu kündigen.

[ausgestrahlt.de/shop](http://ausgestrahlt.de/shop)



## Schachtmatt für Konrad

Ein Treck von mehr als 1.000 Atomkraftgegner\*innen, 50 Traktoren und 250 Fahrrädern rollt am 20. Oktober vom Atommüll-Bundesamt BfE in Salzgitter zur Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in Peine. Die Demonstrierenden fordern mehr Engagement für die Rückholung des Atommülls aus der Asse und die Aufgabe aller Pläne, Atommüll in Schacht Konrad einzulagern. Auch .ausgestrahlt ist mit einem Trecker dabei. In einer gemeinsamen Erklärung haben Anti-Atom-Initiativen, darunter auch .ausgestrahlt, zuvor deutlich gemacht, dass sie sich nicht an einer Standortsuche für das Bereitstellungslager beteiligen werden, das für die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad nötig ist.

[anti-atom-treck.de](http://anti-atom-treck.de)



Foto: Jürgen Baumeister



Foto: Jürgen Baumeister



Foto: Michaela Mügge / PubliXviewing

## Aufklärung über Standortsuche

Mit zahlreichen Info-Veranstaltungen in potenziellen Standortregionen, mit Pressearbeit, Flyern, Broschüren, einer Expertise zur Öffentlichkeitsbeteiligung und einer eigenen Atommüll-Zeitung, die „taz“ und „Freitag“ beiliegt, informiert .ausgestrahlt breit über die anlaufende Standortsuche für ein tiefengeologisches Atommüll-Lager – sehr zum Unwillen der zuständigen Behörden, die zwar viel von Beteiligung reden, den betroffenen Regionen aber keinerlei Mitspracherecht einräumen. Auch bei den nicht-öffentlichen Infoveranstaltungen, die das BfE in Hamburg, Leipzig, Frankfurt und Ulm für Kommunalvertreter\*innen organisiert, verteilen Anti-Atom-Aktive das .ausgestrahlt-Material.

[ausgestrahlt.de/standortsuche](http://ausgestrahlt.de/standortsuche)



Foto: Helge Bauer

## .ausgestrahlt sagt Danke

Mit ihren regelmäßigen kleineren oder größeren Beiträgen sichern Förderinnen und Förderer die finanzielle Basis der unabhängigen, vielseitigen und verlässlichen Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt. Rund 40 von ihnen kommen am 9./10. November nach Hamburg, um .ausgestrahlt näher kennenzulernen und Ideen für die Anti-Atom-Arbeit zu diskutieren.

230 Menschen sind Ende 2018 neu Förderin oder Förderer geworden oder haben ihren Beitrag aufgestockt – vielen Dank! Sieben von ihnen haben bei unserer Verlosung gewonnen. Herzlichen Glückwunsch!

[ausgestrahlt.de/foerdern](http://ausgestrahlt.de/foerdern)

## Positionspapier zur Zwischenlagerung

Neue Konzepte für eine möglichst sichere Zwischenlagerung der hoch radioaktiven Abfälle fordert ein gemeinsames Positionspapier von mehr als 70 Anti-Atom-Initiativen und Verbänden, darunter auch .ausgestrahlt. Die von der Atommüllkonferenz zusammen mit kritischen Wissenschaftler\*innen erarbeitete Stellungnahme unterstreicht, dass die bisherigen Sicherheitsstandards der Zwischenlager ungenügend sind, dass mit einer bis zu 100 Jahre dauernden Zwischenlagerung zu rechnen ist und dass die Gesellschaft an der Diskussion und Entwicklung neuer Zwischenlager-Konzepte beteiligt werden muss. Ein großes zentrales Zwischenlager lehnen die Unterzeichner\*innen ab.

[ausgestrahlt.de/positionspapier/zwischenlagerung](http://ausgestrahlt.de/positionspapier/zwischenlagerung)

## Atomschutt-Karte

Seit den 1990er Jahren landet schwach radioaktiver Atomschutt, der beim Abriss von Atomanlagen anfällt, ungedeutet auf Deponien, in Müllverbrennungsanlagen und im Recycling. Aufbauend auf einer umfangreichen Recherche des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat .ausgestrahlt eine Karte aller bekannten betroffenen Deponie-Standorte und Müllverbrennungsanlagen erstellt. Weitere Hinweise sind willkommen: Die Karte wird laufend ergänzt

[ausgestrahlt.de/atomschutt-karte](http://ausgestrahlt.de/atomschutt-karte)

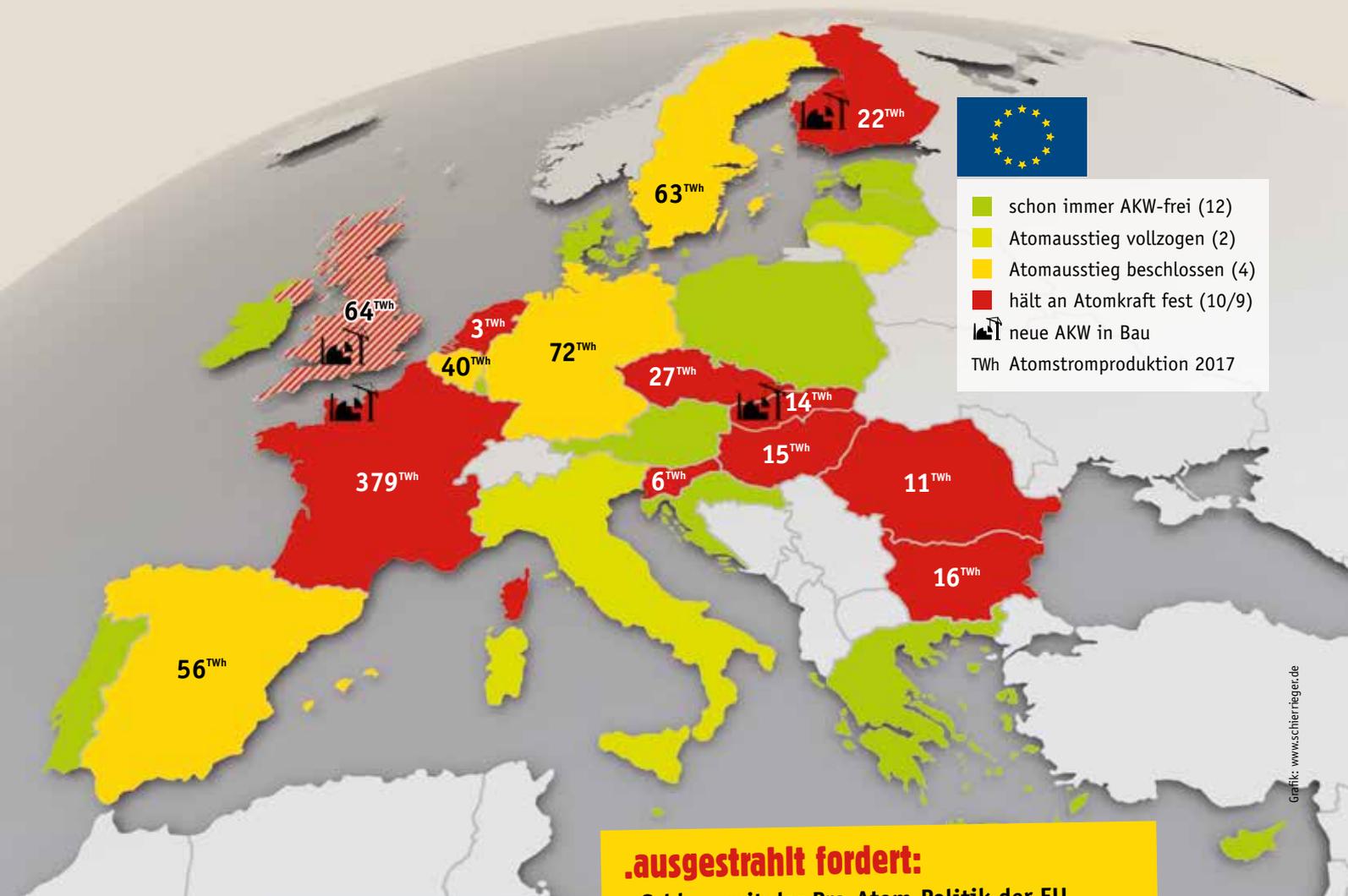


„Wir fördern .ausgestrahlt, weil die Gefahren der Atomkraft sowie der Lagerung radioaktiver Abfälle ein wichtiges Thema sind – heute und in Zukunft!“

Laura Probst & Manuel Haß,  
Melchingen & Reutlingen

# Atomkraft auf der Kippe

**Infografik** | Verlässt Großbritannien die EU, betreibt nur noch eine Minderheit der Euratom-Staaten überhaupt AKW – und einige davon haben einen Ausstieg zumindest schon beschlossen



## .ausgestrahlt fordert:

- Schluss mit der Pro-Atom-Politik der EU
- Euratom-Vertrag reformieren oder abschaffen
- Atomausstieg europaweit